

Stenographischer Bericht

48. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

V. Periode — 22. Februar 1965.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abgeordneten DDr. Hueber, DDr. Stepantschitz, Heidinger und Hofbauer (1391).

Angelobung des Abg. Ing. Wilhelm Mandlbauer (1391).

Anfragen:

Dringliche Anfrage der Abg. Kraus, Neumann, Ing. Koch, Stöffler, Dr. Rainer, Gottfried Brandl, Dr. Assmann und Dr. Pittermann an Landeshauptmann Krainer, betreffend Vollbeschäftigung im steirischen Bergbau.

Begründung der Anfrage: Abg. Kraus (1391).

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (1392).

Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (1395), 3. Präsident Dr. Stephan (1396), Abg. Leitner (1397), Landeshauptmann Krainer (1398), Abg. Zagler (1399), Abg. Vinzenz Lackner (1399), Abg. Dr. Pittermann (1401), Abg. Neumann (1401), Abg. Scheer (1402).

Dringliche Anfrage der Abg. Ileschitz, Zagler, Vinzenz Lackner, Hans Brandl, Lendl, Psonder, Klobasa, Wurm, Aichholzer, Zinkanell und Genossen an den Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend die Einführung eines Fernsehchillings und die Erhöhung der Preise lebensnotwendiger Waren.

Begründung der Anfrage: Abg. Ileschitz (1393).

Beantwortung der Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (1393).

Redner: Abg. Stöffler (1403), Abg. Koller (1404), 3. Präsident Dr. Stephan (1405), Abg. Leitner (1406), Abg. Hegenbarth (1407), Abg. Zinkanell (1409), Abg. Pabst (1410).

Wahlen:

Wahl des Oberregierungsrates Dr. Friedrich Niederl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung (1395).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Hoher Landtag! Gemäß § 13 Abs. 2 und § 28 Abs. 6 der Landesverfassung und § 28 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages habe ich eine außerordentliche Tagung für heute einberufen, die ich als die 48. Sitzung in der laufenden V. Gesetzgebungsperiode eröffne. Ich begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Abg. DDr. Hueber, Abg. DDr. Stepantschitz, Abg. Heidinger, Abg. Hofbauer.

Die Einberufung dieser außerordentlichen Tagung wurde zufolge des Ausscheidens des Herrn Landesrates Prirsch durch den Tod aus der Landesregierung erforderlich. In den Landtag wurde an seine Stelle Herr Bürgermeister Ing. Wilhelm Mandlbauer berufen. Dieser ist erschienen und wird jetzt die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer Abg. Ritzinger, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen.

Abg. **Hermann Ritzinger:** Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, stete und volle Beachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Ing. Wilhelm Mandlbauer: Ich gelobe.

Präsident: Ich begrüße den Herrn Ing. Mandlbauer als Abgeordneten in unseren Reihen.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Kraus, Neumann, Ing. Koch, Stöffler, Dr. Rainer, Gottfried Brandl, Dr. Assmann und Dr. Pittermann an den Herrn Landeshauptmann Krainer, betreffend Vollbeschäftigung im steirischen Bergbau.

Diese dringliche Anfrage hat die erforderliche Unterstützung. Wir können daher gleich zur Erledigung dieser dringlichen Anfrage schreiten.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten **Kraus** das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage.

Abg. **Kraus:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann Krainer hat zu allen Zeiten der Vollbeschäftigung sein größtes Augenmerk geschenkt. Selbst als die Kohlenkrise ihrem Höhepunkt zustrebte, hat er sich in nachhaltigster Form für die Errichtung des kalorischen Kraftwerkes in Zeltweg und des Fernheizwerkes in Graz eingesetzt, damit die Kohlenkrise behoben werden konnte. Die Politik der Landesregierung ist auch selbstverständlich weiterhin auf die Sicherung der Arbeitsplätze abgestimmt.

Es ist in diesem Zusammenhang außerordentlich bedauerlich, daß ein sozialistisches Vorstandsmitglied der Alpine bei einer Tagung in Bruck über die Gefahren, die dem Kohlenbergbau drohen, gesprochen hat. (Abg. Dipl.-Ing. **Juvancic:** „Tun Sie nicht wahr sagen!“) Es drohe wieder der Verlust von Arbeitsplätzen! Diese Feststellung wurde selbstverständlich von den Bergarbeitern mit größter Besorgnis aufgenommen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Vorstandsdirektoren auch der Alpine dazu berufen sind, die wirtschaftlichen Interessen ihres Unternehmers zu vertreten. Wir empfehlen daher, daß sich die Herren aus dem Wahlkampf heraushalten. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist eine viel zu ernste Sache, als daß man sie mit so billigen Mätzchen behandeln könnte. (Abg. Dipl.-Ing. **Juvancic:** „Heute ist die richtige Zeit, davon anzufangen!“ — Abg. **Stöffler** zu Abg. Dipl.-Ing.

Juvancic: „Im Landtag haben Sie sich nie gerührt, jetzt fangen Sie an zu schreien!“ — Ing. Koch: „Der große Schweiger!“) Das alles zusammen paßt selbstverständlich in die Lügenkette, der wir von sozialistischer Seite begegnen, und es ist ganz besonders bedauerlich, daß sich der Herr Vorsitzende der Sozialistischen Partei auf diese Ebene begeben hat. Während mir bei einer Wählerversammlung in Bergla am 3. Februar der anwesende Betriebsratsobmann, Herr Klančnik, für meine sachlichen Ausführungen gedankt hat und mir versprochen hat, bei seiner Versammlung in Vordersdorf auch so sachlich zu sein, konnte es Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Blazitek nicht unterlassen, zum letzten Mittel in der Politik, zur Lüge, zu greifen. (Zwischenrufe von der SPO: „Unerhört, unerhört, das ist eine Gemeinheit.“ — Landesrat Bammer: „Sie müssen den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter beschuldigen, ausgerechnet Sie!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter hat den versammelten Bergarbeitern in Bergla u. a. erklärt. (Landesrat Bammer: „Waren Sie dabei bei dieser Versammlung?“) Lassen Sie mich ausreden! Reden Sie dann darüber, wenn ich die Dinge dargestellt habe! Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in Bergla vor den Bergarbeitern erklärt, daß ich gesagt hätte — und zwar an einem Sonntagvormittag in einem Gasthaus bei einer Wählerversammlung —, daß es mir völlig gleich sei, ob Bergarbeiter in Bergla Arbeitsplätze verlieren oder nicht. (Abg. Dr. Raïner: „Was ist jetzt?“ — Abg. Hans Brandl: „Warten Sie ein bißchen!“) Ich muß diese Behauptung zurückweisen, weil ich das nicht gesagt habe. Ich muß feststellen, daß das eine glatte Lüge ist. Ich muß schon sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie trauen mir allerhand Dummheit zu; mitten unter Bergarbeitern in bestem Kontakt mit ihnen zu leben und eine derartige Äußerung zu machen. (Dr. Schachner: „Ich bin neugierig, wie Sie beweisen, daß ich das gesagt habe, auf das bin ich wirklich gespannt, Herr Abgeordneter, denn Sie werden mich nicht der Lüge bezichtigen und dann keinen Beweis dafür haben. Dann werden Sie etwas erleben!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, es können hiefür Zeugen gebracht werden. (Landesrat Wegart: „Das ist eine Methode, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, daß der Herr Landesrat Bammer ein Buch herausgibt, das vom Anfang bis zum Ende nichts als Lügen und Verleumdungen enthält!“)

Präsident (Glockenzeichen): Das Wort hat Herr Abgeordneter Kraus.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben in dieser Versammlung auch erklärt, daß unser Herr Landeshauptmann Krainer schwer krank sei. Sie hätten die Krankheit genannt und gesagt, daß er nur noch den Wahlkampf schlagen und dann abtreten werde. (Abg. Zinkanel: „Das kommt ja von euch und nicht von uns!“) Ich muß zu dieser infamen Lüge feststellen, daß diese Art von Argumenten nicht nur unwürdig, sondern auch untauglich ist und daß die Leute diese Argumente entsprechend zurückweisen werden. Ich glaube, daß das Argument, daß Landeshauptmann Krainer krank sei und nicht mehr antreten könne als Lan-

deshauptmann, sicher ein Wunschenken der SPO ist, das Gott sei Dank der Tatsache nicht entspricht. (Landesrat Gruber: „Lauter Lügen!“) Landeshauptmann Krainer sitzt unter uns und erfreut sich bester Gesundheit. Er wird zu diesem Problem selber Stellung nehmen. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Krainer, ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es scheint im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen die Gerüchtmacherei im Gange zu sein, die man als verantwortungslosen Wahlkampf bezeichnen kann und muß. Mit der Angst und Sorge der Menschen um ihren Arbeitsplatz wird spekuliert und Beschuldigungen werden ausgesprochen, obwohl der wahre Sachverhalt genau bekannt sein muß. Die Möglichkeiten, Wasserkraftwerke weiter auszubauen, sind begrenzt. Daher wird seit Jahren bei der STEWEAG der Plan gewälzt, ein neues Kraftwerk auf Kohlenbasis (Abg. Zager: „Auf Olbasis!“) — auf Kohlenbasis — im Raume von Leibnitz zu errichten. Verhandlungen mit der Alpine im Jahre 1964 haben ergeben, daß die Alpine nicht imstande ist, einen zwanzigjährigen Liefervertrag für Feinkohle mit der STEWEAG abzuschließen. Auf Grund der mangelnden Lieferfähigkeit der Alpine studiert die STEWEAG die Errichtung eines Kraftwerkes auf Olbasis. In der nächsten Zeit kann mit einem solchen Bau nicht gerechnet werden, da vorerst das Ennskraftwerk Krippau und das Murkraftwerk Gabersdorf gebaut werden müssen. Sollte nach Ablauf von etwa 4 Jahren keine Feinkohle verfügbar sein, würde die STEWEAG ein Olkraftwerk errichten. Soweit die bekannte Tatsache. Wie wenig vorsorglich die Verantwortlichen im Kohlenbergbau denken, beweist die Tatsache, daß z. B. im Herbst vergangenen Jahres keine Grobkohle vorhanden war und der Bedarf heuer durch Einfuhren aus dem Ausland gedeckt werden mußte. Bei entsprechender Vorratswirtschaft wäre diese Einfuhr nicht notwendig gewesen. (Abg. Klobasa: „Oberegger zuständig!“) Seit wann ist denn dafür der Generaldirektor zuständig? (Landesrat Peltzmann: „So schlecht informiert!“)

Aus Leichtfertigkeit, Unsachlichkeit und parteipolitischen Gründen werden vom Herrn Vizekanzler auch Gefahren für den Kohlenbergbau in Fohnsdorf angedeutet, obwohl Fohnsdorf nicht einmal in der Lage ist, laufend den Bedarf des kalorischen Kraftwerkes in Zeltweg zu befriedigen. Trotzdem wird das Schreckensgespenst der Arbeitslosigkeit im Wahlkampf heraufbeschworen, um die Arbeiter und Angestellten damit einzuschüchtern. Schon mehrmals mußte ich entschieden eingreifen, damit die Kohlenbergbaubetriebe Bergla und auch Fohnsdorf aus engstirnigen Überlegungen nicht geschlossen werden. Solange ich als Landeshauptmann Verantwortung für dieses Amt trage, werde ich nicht zulassen, daß Bergbaubetriebe geschlossen werden. Gegenwärtig ist es aber unsere gemeinsame Pflicht, dafür zu sorgen, daß der steigende Energiebedarf auch in den nächsten Jahren befriedigt werden kann. Stromabschaltungen im Haushalt und in Be-

trieben würden zu verheerenden wirtschaftlichen Rückschlägen führen. Dies zu verhindern ist Aufgabe einer vorausschauenden Energiepolitik, zu der wir uns alle bekennen.

Ich stelle nochmals fest, daß weder Abbau noch die Gefährdung des Kohlenbergbaues durch ein Olkraftwerk Wirklichkeit sind, sondern nichts anderes als Gerüchtemacherei. (Beifall.)

Präsident: Ich frage das Hohe Haus, ob die Wechselrede über die Antwort verlangt wird.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechselrede.

Präsident: Dieser Antrag muß von 10 Abgeordneten unterstützt sein, damit die Wechselrede eröffnet werden kann. Ich bitte daher die Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich setze die Abwicklung der Wechselrede an den Schluß der heutigen Sitzung nach Abwicklung der Tagesordnung.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage des Herrn Abg. Leitner an den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend die Einführung eines Fernseh-Schillings. Diese Anfrage ist nur vom Herrn Abg. Leitner unterfertigt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. Die Unterstützung wurde nicht gewährt. Es wird also diese Anfrage nicht weiter behandelt.

Eine weitere dringliche Anfrage ist eingebracht von den Abg. Ileschitz, Zagler, Vinzenz Lackner, Hans Brandl, Lendl, Psonder, Klobasa, Wurm, Aichholzer, Zinkanell und Genossen an den Herrn Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend die Einführung eines Fernseh-Schillings und die Erhöhung der Preise lebensnotwendiger Waren. Diese dringliche Anfrage hat die erforderliche Unterstützung. Ich erteile dem Herrn Abg. Ileschitz das Wort zu ihrer Begründung.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Aus Pressemeldungen konnte festgestellt werden, daß der Finanzreferent des Landes Steiermark, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, am 18. Februar bei einer Landesfinanzreferenten-Konferenz in Wien für die Einführung eines Fernseh-Schillings plädiert hätte. Uns ist bekannt, daß zum gleichen Zeitpunkt anlässlich des bedauerlichen Ablebens des Herrn Landesrates Prirsch sich der Landesfinanzreferent hier im Hause befunden hat. Ich richte daher an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner die Anfrage, wie es zu dieser Pressemeldung kommen konnte und ob er imstande ist, darauf eine Antwort zu geben.

In der weiteren Folge aber herrscht in unseren Betrieben eine große Beunruhigung über die bevorstehenden Preiserhöhungen. Hier handelt es sich vor allen Dingen um die Erhöhung des sowohl von der Landwirtschaftskammer als auch von der ÖVP vertretenen Milchpreises und der beabsichtigten Erhöhung der Brotpreise und verschiedener anderer Preise.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht sagen, daß die Erhöhung all der Preise, wie wir sie in der letzten Zeit feststellen konnten, nicht auf Grund von durchgeführten Lohnerhöhungen erfolgten, die immer wieder zum Vorwand genommen werden, um anschließend Preissteigerungen größten Ausmaßes durchzuführen, sondern daß wir im vergangenen Jahr eine sehr korrekte Politik geführt haben und keine Lohnerhöhungen größerer oder allgemeiner Natur durchführten, um der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, entsprechend aufzubauen und aufzuarbeiten. Wohl aber können wir feststellen, daß trotzdem die Arbeiter in den Betrieben und die Angestellten in den Betrieben bei einer Produktivitätssteigerung von durchschnittlich $8\frac{1}{2}\%$ — und ich glaube, daß das eine hohe Gewinnrate beinhaltet — der Meinung sind, daß auf Grund dieser Tatsache keine Notwendigkeit bestanden hätte, Preiserhöhungen in einem solchen Umfang durchzuführen, wie wir sie laufend schon im vergangenen Jahr und jetzt neuerlich zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bitte auch in dieser Frage den Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner um eine entsprechende Beantwortung.

Präsident: Ich erteile Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Alfred Schachner-Blazizek: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am vergangenen Dienstag hat in Wien eine Konferenz der Landesfinanzreferenten stattgefunden. Am Tag zuvor wurde eine Vorbesprechung der Verhandlungsgegenstände in Wien durchgeführt. Ich habe am Mittwoch abend in Wien sowohl beim Vorstand der Finanzabteilung, der an dieser Vorbesprechung teilgenommen hat, als auch beim Herrn Vizebürgermeister Slavik und im Einvernehmen mit diesem beim Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner rückgefragt, um mich über den voraussichtlichen Verhandlungsgang der Sitzung zu informieren. Es hat sich gezeigt, daß die Vorbesprechungen über die zu behandelnden Fragen des Finanzausgleiches nicht so weit gediehen sind, daß sie in ein ernstliches Verhandlungsstadium gelangen könnten. Mit Rücksicht darauf habe ich am nächsten Tag an der Finanzreferentenkonferenz nicht teilgenommen, um mich hier im Landhaus namens meiner Fraktion von dem verstorbenen Landesrat Prirsch zu verabschieden.

Bei dieser Finanzreferentenkonferenz wurde auch über den Ausfall des Kulturgroßschens beraten und vom Bund ein Ersatz verlangt. Drei Bundesländer — und zwar waren das Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg —, haben die Frage der Einführung eines Fernseh-Schillings in Erwägung gestellt und mitgeteilt, daß ihrerseits an eine solche Einführung gedacht sei. Für die Steiermark wurde dargelegt, daß an sich zunächst versucht werden müßte, den Kulturgroßschen als Landesabgabe weiter zu erheben, was allerdings von der Bundesebene her und vom Herrn Finanzminister verhindert wird, weil derzeit der Kulturgroßschen nur nicht eingehoben wird, aber als eine geteilte Bundesabgabe noch immer im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen ist, so

daß die Einführung einer solchen Abgabe nicht in die Kompetenz der Länder fallen würde. Ich habe an dieser Finanzreferentenkonferenz überhaupt nicht teilgenommen. Die Pressemeldung, daß ich teilgenommen hätte und für die Einführung eines Fernseh-Schillings eingetreten sei, stammt aus der „Wahrheit“, und ich stelle hiemit ausdrücklich fest, daß wieder einmal das, was in der „Wahrheit“ gestanden ist, unwahr ist (Landesrat Sebastian: „Eine Lüge ist!“), und daß meinerseits eine Absicht für einen Fernseh-Schilling einzutreten, nicht besteht, noch dazu, wo zur Zeit noch keine Klarheit darüber herrscht, ob ein solcher in der Länderkompetenz überhaupt eingeführt werden könnte. Das Bundesministerium für Verkehr hat in einer Aussendung dargelegt, daß die Einhebung der Fernsehgebühren aus dem Postregal begründet wird und daß die Einführung einer solchen Abgabe daher in die ausschließliche Bundeskompetenz fällt. Es müßte also zuerst einmal, bevor man die Frage diskutieren kann, klargestellt werden, ob überhaupt ein Fernseh-Schilling in die Länderkompetenz fallen würde. Aber dazu sage ich ausdrücklich, daß es nicht im Sinne unserer Fraktion wäre, einer solchen Einführung zuzustimmen.

Ich bin vom Herrn Abgeordneten Ileschitz und von den Herren, die die Anfrage unterzeichnet haben, darüber hinaus auch um meine Meinung zu den sonstigen Preiserhöhungen, die sich in der Wirtschaft anzukündigen scheinen, gefragt worden. Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir mit äußerstem Bedauern von den Dingen Kenntnis nehmen müssen, die sich gegenwärtig abspielen oder offenbar vorbereiten. Die Tatsache, daß der Milchpreis für den Produzenten erhöht werden soll, scheint mir viel zu vereinfacht. Man müßte sich zuerst überlegen, ob es wirklich notwendig erscheint, demjenigen, der 100.000 Liter im Jahr abzuführen in der Lage ist, 100.000mal soviel staatliche Stützung zu geben als demjenigen, der nur 1 Liter abführen kann. (Abg. Pabst: „Wie viele solche gibt es denn?“ — Abg. Dr. Pittermann: „Das ist Dialektik!“ — Abg. Zinkanell: „Das sind wirtschaftliche Überlegungen!“ — Abg. Dr. Rainer: „Mit den Überlegungen hapert es ein bißchen!“ — Abg. Zinkanell: „Mit Ihnen nehme ich es auf, Herr Doktor!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich stelle fest, daß wir die Meinung nicht teilen können, daß den Großproduzenten dieselbe Stützung in vervielfachter Weise gegeben werden muß. (Landeshauptmann Krainer: „Die Gemeinde Wien beispielsweise!“) Es wäre viel zweckmäßiger vorzusorgen, daß die landwirtschaftliche Produktion in Hinkunft auf den Bedarf und auf den Absatz eingestellt wird. Wollen Sie wieder einmal Milch- und Butterberge erzeugen, die wir in England und in Übersee zu den halben Preisen verkaufen müssen. (Zwischenruf von der ÖVP: „Wo sind die Butterberge?“ — Landesrat Wegart: „Herr Kollege, wir führen ja Butter ein und nicht aus!“) Hat es einen Sinn, die Produktion in dieser Hinsicht hinaufzutreiben und umgekehrt Futtermittel einzuführen? Wäre es nicht viel klüger, den Futtermittelanbau zu stützen und unsere Landwirtschaft an die echte Marktlage anzupassen? (Landeshauptmann

Krainer: „Selbstverständlich, das ist gar keine Frage!“)

Wir haben mit sehr großem Bedauern und mit großem Mißtrauen zur Kenntnis genommen, daß man sich in Wirtschaftskreisen bemüht, die Brotpreise zu erhöhen und daß dieselben Kreise offenbar nicht darüber nachdenken, wie sich der einfache Mensch, wie sich der Arbeiter die verteuerten Waren kaufen wird und ob sein Lohn gleicherweise in die Höhe gesetzt werden kann. Wir haben mit großer Sorge zur Kenntnis genommen, daß z. B. die ganzen Baustoffpreise steigen. (Dr. Pittermann: „Da sind vielleicht auch die Bauern schuld? Sie bringen es fertig, die Erhöhung der Baustoffpreise auf die Bauern abzuwälzen!“ — Abg. Zinkanell: „Gehen Sie nicht auf die Ziegeleibesitzer los!“)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich mache Sie aufmerksam, die Wechselrede ist noch nicht eröffnet. Am Wort ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schächner).

Wir haben mit sehr großer Sorge festgestellt, daß die Schotterpreise, Zementpreise usw. steigen sollen. (Landeshauptmann Krainer: „Vom Kollektivvertrag für diese Arbeiterkategorie ist Ihnen nichts bekannt?“)

Herr Landeshauptmann, es wird immer behauptet, daß die Wirtschaft wächst. Sollen die Löhne mit der wachsenden Wirtschaft nicht mitwachsen? Niemand wird bestreiten, daß sich alle Kreise mit diesen volkswirtschaftlichen Fragen befassen und befassen müssen, wenn sie mit unserer Wirtschaft es ernst meinen. Ich glaube nur, daß es eine falsche Vorstellung ist, wenn man glaubt, daß die Wirtschaft wachsen soll, daß aber die Löhne nicht mitsteigen sollen. (Landeshauptmann Krainer: „Im Gegenteil, die müssen mitsteigen, sie sind auch gestiegen, Gott sei Dank! Und darum dürfen Sie uns nicht unterstellen, daß wir etwa meinen, wir müßten die Löhne niederhalten. Wir wissen schon, was zu tun ist, wir sind volkswirtschaftlich auch etwas geschult!“) Es ist falsch, meine Damen und Herren, jede Preiserhöhung immer wieder mit den gestiegenen Löhnen zu begründen. Es ist nämlich genau umgekehrt. Zuerst steigen die Preise und dann müssen die Löhne erhöht werden. Die Preissteigerungen werden sich selbstverständlich auch auf unser Budget auswirken, zunächst einmal auf unsere Bediensteten, und Lohnerhöhungen nach sich ziehen. Sie wissen, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre berechtigten Forderungen bereits angemeldet haben. Das wird für uns wesentliche Mehrausgaben bringen, für die wir erst eine Bedeckung suchen müssen. Und wenn die Baupreise steigen, dann wird das auch auf unser Budget nachhaltige Auswirkungen haben.

Ich stelle abschließend fest, meine Damen und Herren, ich bin nicht für den Fernseh-Schilling eingetreten, und es liegt mir fern, dafür einzutreten. (Abg. Leitner: „Ihrer Partei auch nicht?“) Herr Abg. Leitner, möchten Sie so gut sein und die Dinge ein bißchen studieren und einmal nachschauen, welche Ausführungen das Verkehrsministerium, Minister Probst zum Gegenstand gemacht hat, dann können Sie sich nämlich diese Frage ersparen. (Abg.

Dr. Pittermann: „Der hat ja seinen eigenen Kopf, der hört ja nicht auf euch!“)

Ich stelle fest, daß wir über alle jene Bewegungen in der Wirtschaft, die die Preise in die Höhe treiben, äußerst besorgt sind. Wir glauben, daß jede Preiserhöhung, die irgendwie nicht ganz gerechtfertigt ist, nicht restlos gerechtfertigt ist (Abg. P a b s t: „Meinen Sie den Milchpreis?“), den Lebensstandard unserer Bevölkerung verkürzt und den Lebensstandard hinter dem Wachstum der Wirtschaft zurückbleiben läßt. Derartiges ist immer besorgniserregend, und ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Sozialistische Partei nie für Preiserhöhungen eintreten wird, die nicht ausschließlich aus der wachsenden Wirtschaft begründet sind. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich frage das Hohe Haus, ob eine Wechselrede über die Antwort verlangt wird.

Landeshauptmann Krainer: Ich beantrage die Wechselrede.

Präsident: Auch die Abführung dieser Wechselrede wird an den Schluß der Sitzung gesetzt, da mehr als 10 Abgeordnete dafür sind.

Wir können jetzt zur Tagesordnung übergehen.

Einzigster Tagesordnungspunkt ist die Neuwahl eines Regierungsgliedes. Von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei wurde Herr Oberregierungsrat Dr. Friedrich Niederl für die Wahl als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung vorgeschlagen. Ich frage vorerst, ob das Hohe Haus gemäß § 54 Abs. 1 der Geschäftsordnung mit einer Wahl durch Handaufheben einverstanden ist und ersuche die Abgeordneten, die für diese Vorgangsweise sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß diese Abstimmungsform einstimmig angenommen ist.

Ich stimme nun über den Wahlvorschlag, der, wie gesagt, auf Herrn ORR. Dr. Friedrich Niederl lautet, ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist angenommen.

Damit ist Herr ORR. Dr. Friedrich Niederl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt. (Beifall.)

Ich ersuche den neu gewählten Herrn Landesrat um eine Erklärung, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Dr. Niederl: Ich nehme die Wahl an.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Wir kommen jetzt zur Eröffnung der Wechselrede. Zuerst zur Wechselrede über die Antwort des Herrn Landeshauptmannes Krainer zur Anfrage, betreffend den Bergbau.

Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek hat sich zum Wort gemeldet.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß uns der Bergbau, daß uns unsere Kohlengruben in den vergangenen Jahren

große Sorgen bereitet haben. Ich erinnere mich sehr wohl an jene Zeit, in der von einer Schließung der Kohlengrube in Fohnsdorf die Rede war und in der eine drohende Schließung sehr ernst genommen wurde. Ich war damals in Fohnsdorf tief beeindruckt von der vor mir in der Tiefe des Berges stehenden Wand schönster Kohle, die unserer Volkswirtschaft entzogen worden wäre, wenn dieser Bergbau gesperrt hätte werden müssen. Wir alle wissen, daß nicht der Absatz der Stückkohle Sorgen bereitet, denn solche muß nach wie vor eingeführt werden, sondern es die Staubkohle ist und der Absatz an Staubkohle, der, wenn er nicht gegeben wäre, den Betrieb unserer Kohlengruben bedrohen würde. Die Winter mit dem geringen Wasserdargebot haben uns fürs erste wieder einmal über diese Sorge hinweggebracht, aber mahnend ist die Zeit geblieben, in der diese Bedrohung bestanden hat.

Daß wir uns alle Sorgen machen, daß eine solche Zeit wieder kommen könnte, das möge uns niemand verübeln. Derjenige, der nicht vorausblicken gewillt ist, wirtschaftet schlecht. Ob Sie das nun Planwirtschaft nennen oder das Vorausblicken mit einem anderen Wort bezeichnen, ist Nebensache. Wir hängen nicht an Worten und an Formulierungen, uns geht es um die Lösung. Und die Lösung für den dauernden Absatz der Staubkohle und die Lösung für die Erhaltung der Arbeitsplätze in den Kohlengruben liegt eben in der Verarbeitung der Staubkohle zu Energie, in der Verarbeitung zu elektrischem Strom oder zu Fernwärme. Jede Bemühung, meine Damen und Herren, die die Staubkohle aus dem Energiekonzept der Zukunft hinausdrängt, wird uns auf den Plan rufen. Wir wollen gar nicht ausschließen, daß gewisse Schwierigkeiten bei der Verarbeitung der Staubkohle bestehen, aber diese Schwierigkeiten müssen unserer Auffassung nach überwunden werden, weil die Erhaltung der Arbeitsplätze in den Kohlengruben und der Betrieb der Kohlengruben, glaube ich, über allen anderen Erwägungen steht. Das ist unsere grundsätzliche Auffassung, und wenn wir von der Sorge, die auf diesem Gebiet besteht, reden, dann soll uns das niemand übelnehmen, dann ist das eine Sorge, die wir deswegen haben, weil wir uns berufen fühlen, für die steirische Bevölkerung unterschiedslos einzutreten. (Beifall bei der SPO.)

Dem Herrn Abgeordneten Kraus muß ich sagen, daß er besser getan hätte, seine Ausführungen in bezug auf mich etwas vorsichtiger zu formulieren. Mir einfach und ungeprüfterweise zu sagen, daß ich zur Lüge gegriffen habe, ist eine Infamie. (Abg. Zinkanell: „Das fällt auf ihn zurück!“) Meine Damen und Herren, ich stelle hier ausdrücklich fest, daß ich über den Herrn Abgeordneten Kraus und über die von ihm in bezug auf den Bergbau Bergla angeschnittene Frage überhaupt nie geredet habe. Ich habe seinen Namen nie im Mund gehabt. (Landesrat Sebastian: „Der ist ja viel zu unbedeutend, daß wir uns mit ihm beschäftigen!“ — Landesrat Peltzmann: „Sie sind ja größtensinnig, einen Abgeordneten dieses Hauses als unbedeutend zu bezeichnen!“) Ich habe nie behauptet, daß der Herr Abgeordnete Kraus gesagt hätte, es sei ihm gleichgültig, wenn der Bergbau geschlossen werden würde. Ich habe diese Behauptung heute

vormittag vom Herrn Landeshauptmann gehört und ihm sofort gesagt, daß nur ein Irrtum vorliegen könnte, weil ich weder das noch etwas Ähnliches gesagt habe.

Herr Abgeordneter Kraus, ich habe auch nicht ein einziges Mal behauptet, daß der Herr Landeshauptmann krank ist und nicht ein einziges Mal behauptet, daß der Herr Landeshauptmann nach dieser Wahl abzutreten beabsichtige. Die Behauptungen, die Sie, Herr Abgeordneter, hier aufgestellt haben — ich bedaure, das einem Abgeordneten gegenüber aussprechen zu müssen —, diese Behauptungen sind eine Lüge. (Abg. Zinkaneil: „Jawohl!“) (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich erteile dem 3. Landtagspräsidenten Dr. Stephan das Wort.

Dritter Landtagspräsident Dr. Stephan: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie erlauben mir die Bemerkung, daß es mir als mit heutigem Tage aus diesem Hause scheidender Abgeordneter leid tut, daß diese Tonart in der letzten von mir tätig besuchten Sitzung des Steiermärkischen Landtages Platz gegriffen hat. (Landesrat Wegerl: „Da werden Sie sich öfter daran erinnern!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Sie waren auch nicht immer ein ganz Feiner!“) So fein, Herr Dr. Pittermann, wie Sie, war ich immer. (Abg. Scheer: „Daß der Herr Präsident Dr. Stephan einer der Feinsten ist in diesem Haus, werden Sie vielleicht doch nicht abstreiten wollen. Der Zwischenruf ist zweifellos deplaciert wie kaum einer in diesem Hause, daß der Präsident Stephan nicht ein Feiner gewesen wäre. Wenn Sie das in seiner letzten Sitzung sagen, so ist das der würdeloseste Abschied, den Sie einem Kollegen bieten können. Ich hoffe, Sie bekommen einmal einen besseren Abschied, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann. Ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf. Sie haben damit eine Haltung gezeigt, die ich Ihnen nie zugetraut hätte, die ich keinem Abgeordneten zugemutet hätte!“) Nach dem längeren Zwischenruf meines Freundes Scheer muß ich sagen, es tut mir leid, daß es zu Exzessen kommt, die nicht ganz mit der Würde dieses Hauses vereinbar waren und sind.

Zur Sache selbst möchte ich nur einige sachliche Klarstellungen nach meiner persönlichen Erfahrung hier zum besten geben. Wie die hier anwesenden Kameraden und Kollegen und Herren Regierungsmitglieder wissen werden, bin ich seit dem Jahre 1958 bei der steirischen Ferngasgesellschaft beschäftigt und seit dieser Zeit habe ich natürlich auch mit dem Kohlenproblem zu tun gehabt.

Schon im Jahre 1958, als die Ferngasleitung vom Semmering bis Donawitz gebaut wurde, wurde von seiten der Kohlenbetriebe, von seiten der verschiedensten damit beschäftigten Institutionen gejammert, um Gottes willen, das Gas würde der Kohle den Rang ablaufen und würde Fohnsdorf und würde das Köflacher Kohlenrevier um den Absatz seiner Kohle bringen. Ich darf sagen, daß wir im Jahre 1964 bereits 280 Millionen Normalkubikmeter Erdgas in der Steiermark verbraucht haben, wobei jeder Normalkubikmeter über 8500 Kilogrammkalorien verfügt, das sind also 2,25 Billionen Kalorien,

die im Land Steiermark im Jahre 1964 durch das Gas aufgebracht wurden. Die Voraussagen der damaligen kohlenbergbaubetriebenden und kohlen-erzeugenden Industrien, daß wir damit einen erheblichen Schaden machen würden, haben sich nicht bewährt. Im Gegenteil! Die Nachfrage nach dem Gas besteht noch weiter. Wir haben viel zu wenig und die Kohle ist trotzdem abgesetzt worden. Bei weiteren Planungen in bezug auf die Energieversorgung der Steiermark, ob durch Elektrizität, Mineralöl, Erdgas oder Kohle, wird ja doch von den damit beschäftigten Menschen weiß Gott auch vorher irgend etwas geredet, wird nachgeforscht, wie die Einteilung dieser Energieversorgung vor sich gehen soll. Es ist nicht so, daß jeder wild darauf los arbeitet und daß das alles kontrollos und ohne sachliche Begründung geschieht.

Ich habe aber, und das muß ich hier noch sagen, in den letzten Wochen in diesem Belange von verschiedener Seite, u. a. auch von den Vertretern in unserer Firma, die die Alpine Montangesellschaft hineinschickt, gehört, daß beispielsweise das Köflacher Kohlenrevier so gut als das Fohnsdorfer Revier nur mehr eine begrenzte Auskohlungs-fähigkeit haben und daß in etwa 7 oder 8, maximal 10 Jahren mit der Stilllegung dieser Betriebe sachlich zu rechnen ist.

Ich glaube, wenn wir an die Worte des Herrn Landeshauptmannstellvertreters anknüpfen, daß man planen soll, dann muß man das auch schon in Betracht ziehen. Ich erinnere mich, daß wir hier in diesem Haus von der freiheitlichen Seite aus öfter als einmal daran erinnerten, daß man daran wird denken müssen, in diese Gegenden Ersatzindustrien zu verlegen, die in der Lage sein werden, die Arbeiterschaft, die dort ihre Wohnungen, ihre Häuser usw. hat, weiter beschäftigen zu können. Das wird für Fohnsdorf, das wird für Köflach, das wird für Voitsberg Geltung haben.

Ich erinnere mich, selbst hier einmal bei der Besprechung der Gaberl-, damals Bundesstraße, heute ja Landesstraße, gesagt zu haben, daß es notwendig sein wird, diese Straße deswegen ordentlich auszubauen, um die Verbindung des Köflacher, ich sage jetzt schon Industriegebietes, nicht nur Kohlenreviers, auch mit der Obersteiermark entsprechend verkehrsmäßig sicherzustellen. Es ist also nicht so, daß wir nicht alle, und zwar gleichgültig, welcher Fraktion angehörend, uns über diese Dinge unterhalten und darüber nachgedacht hätten. Es hat nach meinem Dafürhalten keinen Sinn, hier unmittelbar vor einer Landtagswahl alle diese Dinge deswegen mit Gewalt ans Tageslicht zu ziehen, um daraus aus irgendeinem Grund einen Wahlschlager zu machen. Was Bergla betrifft, ist mir persönlich bekannt gewesen, daß das Grazer Fernheizkraftwerk Süd — es ist ja angeblich noch eines Nord geplant — hauptsächlich auf der Basis der Berglaer Kohle errichtet worden ist und daß trotz der Fraglichkeit der Rentabilität des Fernheizkraftwerkes Graz damit ein bedeutender Schritt zur Stützung des Berglaer Kohlenbetriebes gemacht wurde. Es ist daher nach meinem Dafürhalten unsinnig, zu behaupten, das Berglaer Kohlenrevier würde eingeschränkt. Wollen Sie vielleicht das Fernheizwerk Graz Süd, das noch nicht einmal auf vollen Touren laufen kann,

weil die Leitungen noch nicht alle gebaut wurden, einstellen oder wie ist es denn. Es denkt doch wahrscheinlich kein Mensch daran, so etwas zu tun. Wo das nun herkommt, das weiß ich nicht. Ich darf diese, wie ich wirklich glaube, nicht gehässigen, sondern sachlichen Bemerkungen dieser Diskussion anschließen und bitte, sie bei der weiteren Diskussion zu berücksichtigen.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter **Leitner**, ich erteile es ihm.

Abg. Franz Leitner: Meine Damen und Herren! Der Landtag hat sich in dieser Periode schon öfter mit dem Problem der Sicherung des Arbeitsplatzes der Bergarbeiter im Kohlengebiet beschäftigt. Daß das sehr richtig und notwendig ist, das zeigt allein schon, daß in Steiermark ca. 70% der Braunkohle gewonnen werden. Im Zusammenhang mit den Krisenerscheinungen in den letzten Jahren hat man damit nicht nur den nötigen Kraftstoff sichern müssen, sondern auch den Arbeitsplatz der dort beschäftigten Bergarbeiter. Es ist schon einige Monate her, wo ich an Herrn Landeshauptmann Krainer die Anfrage stellte, ob das geplante Kraftwerk im Raum von Leibnitz auf kalorischer Basis, das heißt durch Benützung von Braunkohle betrieben werden soll oder mit anderen Mitteln. Der Herr Landeshauptmann antwortete darauf so wie er heute hier schon bemerkte, daß sich die STEWEAG bemüht hätte, von der Alpine die notwendige Kohle zu bekommen, im Ausmaß von 300.000 bis 350.000 Tonnen im Jahr, und zwar für 20 Jahre. Der Herr Landeshauptmann hat weiter berichtet, daß die Alpine nicht dazu imstande und in der Lage wäre, diese Forderung der STEWEAG zu erfüllen, sondern nur 100.000 Tonnen liefern könnte und das nur auf zehn Jahre. (Abg. Scheer: „20 Jahre!“ — Abg. Dr. Rainer: „7 bis 10 Jahre hat er gesagt!“) Ich habe auch mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Udier, der heute im Vorstand der STEWEAG ist, darüber gesprochen und er erklärte mir ebenfalls, daß die Alpine nicht bereit bzw. imstande wäre, die notwendige Kohle für ein kalorisches Kraftwerk bei Leibnitz zu liefern. Ob die Stellungnahme der Alpine wirklich stimmt, ist eine andere Frage. Ich möchte hinweisen, daß wir ein kalorisches Kraftwerk in Pernegg auf Ölbasis haben. Damals hat ebenfalls die Alpine gesagt, sie sei nicht imstande, Kohle in entsprechendem Ausmaß zu liefern, und ein Jahr später verloren tausende Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz, weil man nicht umsichtig und richtig in dieser Gesellschaft geplant hat. Der Bergbau Ratten wurde auf Grund dieser Politik stillgelegt. Auch dort gibt es noch genügend Kohle, womit Arbeitsplätze zu schaffen in diesem wirtschaftlich unterentwickelten Gebiet möglich wäre. Ich kann mich gut erinnern, daß keiner der sozialistischen Abgeordneten zu diesem Problem in der Sitzung oder nachher Stellung genommen hat. Wir haben das nicht getan! Hier wurde gesagt — ich glaube, es war Herr Präsident Dr. Stephan —, daß in Kreisen der Ferngasgesellschaft gesprochen wird, daß die steirischen Kohlenbergwerke nur noch für etwa zehn Jahre Kohle hätten. Dann müßte für diese Bergarbeiter eine andere Arbeit beschafft wer-

den. Ich kann beweisen, daß, wenn nicht die sturen und nicht an die Arbeiter denkenden „Zusperrer“ in Österreich die Oberhand bekommen, z. B. in Fohnsdorf nicht zugesperrt werden braucht, da dort noch Kohle für 40 Jahre liegt. Deswegen wurde das kalorische Kraftwerk Zeltweg gebaut. Fohnsdorf hat die größten Schwierigkeiten, seine Lieferverpflichtung von 350.000 Tonnen im Jahr an Zeltweg zu erfüllen. Und wenn nicht besondere — gegen die Bergarbeiter gerichtete Maßnahmen von entscheidenden Leuten — dazu gehört die Regierung — getroffen werden, dann ist in Fohnsdorf der Arbeitsplatz der Bergarbeiter gesichert.

So ähnlich ist die Situation in Bergla im Zusammenhang mit dem Fernheizkraftwerk in Graz. Es gibt allerdings in Weststeiermark einige Gruben, die in 7 bis 10 Jahren ausgekohlt sind. Aber es gibt dort Kohlenlager, die nur aufgeschlossen werden müssen, und die den Bergarbeitern, die von der einen Grube heraus müssen, ohne weiteres die Möglichkeit geben, in einer neu aufgeschlossenen Grube Arbeit zu sichern. Die Bergarbeiter haben Interesse, Bergarbeiter zu bleiben, denn in Ersatzbetriebe, die für sie geschaffen werden, sind sie dann nur Hilfsarbeiter und verlieren sonstige besondere soziale Rechte, die sie jetzt als Bergarbeiter haben. Ich möchte die sozialistischen Abgeordneten aufmerksam machen, daß, wenn sie und ihre Partei alle Mittel in Bewegung setzen, es möglich ist, den Bergarbeitern in der Steiermark auch in Zukunft ihren Arbeitsplatz und ihre Rechte zu sichern.

Hier im Landtag wurde auch ein „Zwischenbericht“ zur Lage im steirischen Kohlenbergbau diskutiert und beschlossen. In diesem Zwischenbericht ist eine entscheidende Forderung, die nach einem Energieplan. Das ist schon wieder einige Jahre her. Vor einigen Tagen schrieb die „Neue Zeit“, daß für die Erstellung eines Energieplanes die verschiedensten Leute einberufen werden müßten, aber die würden dann nicht kommen; so wird argumentiert, um zu begründen, warum noch immer kein Energieplan erstellt wurde. Im wesentlichen hängt es von den Verantwortlichen ab — und dazu gehört auch die steiermärkische Landesregierung —, dazu gehört die Bundesregierung, die es bis jetzt an der nötigen Ob-sorge fehlen ließ, daß endlich ein Energieplan beschlossen wird, damit der Arbeitsplatz der Bergarbeiter in Steiermark gesichert wird.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann **Krainer**. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Krainer: Die Kohlendebatte, die sich nun entwickelt hat, ist tatsächlich nur darauf zurückzuführen — und es haben sogar Frauen bei mir vorgeschrieben, die um ihren Arbeitsplatz besorgt sind —, weil in Bergla aus verschiedenen Kanälen, ich sage dazu noch sozialistischen Kanälen, geflüstert wird, daß Abbaue bevorstehen, und zwar Abbaue bevorstehen deshalb, weil die STEWEAG ein Ölkraftwerk errichten will. Ich habe schon dargelegt, daß die STEWEAG den ersten Willen hat, ein kalorisches Kraftwerk auf Feinkohlenbasis zu errichten, daß die Verhandlungen gescheitert sind, es wurden nicht 300.000 Tonnen Kohle zugesagt, sondern bestenfalls 100.000 Tonnen, und diese auch

nur auf einen Zeitraum von etwa 10 Jahren. Daß unter solchen Umständen ein solch kostspieliges kalorisches Kraftwerk nicht errichtet werden kann, liegt ja auf der Hand. Es wurde mir dieser Zustand auch zur Kenntnis gebracht und ich habe darauf geantwortet, es kann sich hier bei der STEWEAG um nicht mehr als um eine Studie handeln, weil in dem Zeitpunkt, wo der Bau eines solchen kalorischen Kraftwerkes ernst wird, das wird etwa im Jahre 1967/68 sein, neuerlich überprüft werden muß, ob nicht neue Kohlenlagerstätten erschlossen sind und wie es überhaupt mit der Auskohlung steht. Es muß also dann, zu dem Zeitpunkt, wo der Baubeschluß zu fassen sein wird, geprüft werden, ob nicht doch Feinkohle in ausreichendem Maße zu haben sein wird von der Alpine.

Es ist also eine Verdrehung der Tatsachen, wenn jetzt behauptet wird, die STEWEAG sei darauf und dran, sozusagen den Kohlenbergbau zu vernichten. Ich erinnere auch daran, daß zur Behebung der Kohlenkrise nicht zuletzt das Fernheizkraftwerk Graz beigetragen hat. Leider ist in den vergangenen Monaten ein Generator ausgefallen und der Feinkohlenberg hat sich deshalb etwas angehäuft, aber die STEWEAG ist bereit, den Feinkohlenberg abzubauen und dafür hineinzufahren bis in den Monat Mai, damit der abgeschlossene Abnahmevertrag voll eingehalten wird.

Es gibt ja genug Argumente und wir haben uns gegenseitig genug zu sagen, aber es ist bedauerlich, daß ein Wahlkampf dazu führt, daß man die Leute einschüchtert und in Angst und Schrecken versetzt. Es würde ja das Geflüster noch erträglich sein, aber wenn dann in einer Konferenz der Herr Vizekanzler sozusagen auf Gefahren hinweist, dann muß ich sagen, ist das ein Zustand, der mit Aufrichtigkeit und mit echtem Interesse an den Bergarbeitern überhaupt nichts zu tun hat, sondern nichts anderes ist, als eine üble Wahlkampfführung. (Landesrat Sebastian: „Sie werden dem Herrn Vizekanzler nicht absprechen, daß er das Recht hat, sich zu bemühen, die Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten!“ — Abg. Dr. Rainer: „Die Pflicht hat er!“) Er hat nicht etwas dazu beigetragen.

Das Handelsministerium hat gesagt, der Vizekanzler habe nichts dazu getan. Der Herr Vizekanzler hat es sogar für richtig befunden, zu sagen, „Krainer und ich haben den Kohlenbergbau gerettet“. Bitte, das hat er gesagt. Ich habe ja nicht verlangt, daß er das sagen soll. Aber das war an sich sehr anständig, daß er es gesagt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Juvancic: „Ehrlich war er!“ — Landesrat Wegart: „Alle Jahre sagt er etwas anderes!“) Ebenso Bergla. Vor Jahren war geplant, Bergla zuzusperren. Ich mache darauf aufmerksam, daß das im Jahre 1957 war. Ich habe mich mit aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr gesetzt, nicht nur, weil ich mitten unter diesen Leuten wohne, sondern weil man einfach im Grenzgebiet, für das auch Sie sehr viel übrig haben (Abg. Dr. Rainer: „Beim Wahlkampf!“ — Landesrat Sebastian: „Das war wieder objektiv!“) nicht einfach 550 Arbeitsplätze kassiert. Es war volle Übereinstimmung, und ich möchte sagen, nicht nur der Vorstandsdirektor hat das sehr nachhaltig vertreten, der Ihrer Partei angehört, sondern sogar die Gewerkschaft war der Meinung, daß man diesen

Weg gehen müßte. (Abg. Leitner: „Da hört man es ja, eure Schandtaten!“) Es darf unter keinen Umständen ein Wahlkampf dazu führen, daß man Leute einschüchtert, daß gelogen wird, und zwar in einer üblen Weise gelogen wird. (Unverständlicher Zwischenruf des Landesrates Bammer.) Wir werden ja auf die Dinge noch zurückkommen, Herr Bammer. Wenn Sie mir nachweisen können, daß ich jemals Mitglied der CFI war, dann gebe ich Ihnen alles, was ich besitze. (Abg. Dr. Rainer: „Jetzt wird er ruhig!“ — Landesrat Bammer: „Da braucht man nichts zu besitzen!“) Herr Kollege, noch etwas. Es ist an und für sich nicht zulässig, daß ein Abgeordneter, der die Immunität besitzt, für eine Zeitschrift oder für ein Flugblatt verantwortlich zeichnet. (Landesrat Bammer: „Ich habe es ja nicht angeschafft!“ — Landesrat Peltzmann: „Aber unterschrieben hat er es! Sehr mutlos!“) weil man ihn ja nicht belangen kann. Ich mache nur aufmerksam. Solche Dinge werden Ihnen den so sehr gewünschten Sieg bestimmt nicht bringen.

Einige Kollegen haben ja auch, ein paar Kilometer von mir entfernt, ein paar sehr nette Behauptungen aufgestellt. Die Mehrheit im Landtag, die wir ja haben (Landesrat Bammer: „Wo denn?“), das würde bedeuten, daß der Otto hereinkommt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das hat niemand gesagt!“ — Abg. Dr. Rainer: „Was reden Sie denn überhaupt bei Wahlversammlungen?“) Ich möchte jetzt nicht sagen, das zähle zum 7. Gebot, das möchte ich nicht sagen. Ich will nur sagen, auch das ist eine Täuschung, weil wir nicht einmal zuständig sind dafür. Aber was halt da ist, da greift man halt zu. (Landesrat Bammer: „Hauptsache, die Leute glauben es.“)

Was entscheidend und wesentlich ist, meine Frauen und Herren, wir haben allen Grund, gerade in den Fragen des Kohlenbergbaues, alle, die hier in diesem Land Verantwortung tragen, uns dafür einzusetzen, daß zu der Zeit, wo die Auskohlung unvermeidlich sein wird, daß dann die Arbeitsplätze gesichert sind. Jetzt sind sie absolut nicht gefährdet. Sie werden nur aufgespielt als gefährdet. Aber auf lange Sicht — und das habe ich vermißt, daß da keine Behauptungen aufgestellt wurden — müssen wir alles daran setzen, daß auf diesem Gebiet vorgesorgt wird. (Landesrat Sebastian: „Sie lesen unser Programm nicht, Herr Landeshauptmann.“) Das Programm und die Wirklichkeit —! Aber das ist das Entscheidende, daß wir Vorsorge treffen, die Arbeitsplätze in diesem ganzen Gebiet zu sichern, auch in Fohnsdorf. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Auch in Eisen-erz!“) Vergessen Sie das nicht! Spielen Sie nicht mit diesen Dingen! (Landesrat Bammer: „Wir spielen nicht.“) Es dürfte nur ein größeres Unglück passieren, ich möchte sehen, wer noch hinuntergeht in diese Grube. So einfach sind die Dinge nicht, und ich glaube, den Appell richten zu dürfen trotz des Wahlkampfes — wir haben alle Sorgen genug auf dem Gebiet —: Stehen wir fest zusammen, daß uns nicht andere überrollen. Ihr müßt euch nicht immer alles von Wien diktieren lassen.

Stehen wir als Steirer zusammen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Z a g l e r das Wort.

Abg. Zagler: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich möchte zu diesen Ausführungen, betreffend den Kohlenbergbau, nur einige Aufklärungen geben. Ich muß feststellen, als die Kohlenkrise tatsächlich über unser steirisches Land oder über ganz Österreich hereingebrochen ist — wir sind ja am meisten betroffen, weil wir 65 bis 70% aller österreichischen Kohlen liefern —, damals wurde eine Einschränkung der Kohlenproduktion verlangt, und zwar im Handelsministerium vom Herrn Minister Bock. Vom Herrn Minister Bock habe ich damals sonst nichts zu hören bekommen als: „3½ Jahrestonnen genügen vollkommen, alles andere muß liquidiert werden.“

(Landeshauptmann K r a i n e r: „Jawohl, aber wir haben ihn überrundet. Wir haben den Bock überundet.“ — Landesrat P e l t z m a n n: „Ihr traut euch ja nicht.“ — Landesrat B a m m e r: „Er ist ja noch immer Minister, da habt Ihr mit dem Gorbach den falschen erwischt.“) Man kann nicht so verdrehen. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Das ist keine Verdrehung!“) Ich muß feststellen, in der letzten Budgetdebatte wurde von mir und auch von einigen Kollegen nur über die Auskohlung und nicht über die Arbeitsplätze gesprochen. Eines steht fest, daß tatsächlich innerhalb von 7 bis 10 Jahren im weststeirischen Gebiet die beiden größten Betriebe ausgekohlt sein werden. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Das sagen Sie schon seit 20 Jahren!“) Ich glaube, es ist unser gutes Recht als Vertreter der Bergarbeiter, Vorsorge zu treffen, daß wir für die nachkommende Jugend in unserem weststeirischen Revier Arbeitsplätze schaffen. Und jetzt möchte ich dazu noch folgendes sagen. Es geht hier um Bergla, weststeirisches Revier. Ich muß hier feststellen, daß tatsächlich durch die Kohlenkrise die STEWEAG, das steirische Unternehmen, noch Vorteile gezogen hat durch einen sehr niedrigen Kohlenpreis. Von der Steiermärkischen Landesregierung ist für die Bergarbeiter keine große Hilfe geleistet worden. In Oberösterreich ist es gleich gegangen. Und der Herr Landeshauptmann Gleißner hat für die Förderung dieses Bergbaues etwas getan und hat für die Million Wärmeeinheit, ich kann es nicht genau sagen, ca. 10 S beigetragen. (Landesrat P e l t z m a n n: „Der gehört auch zur ÖVP.“ — Zwischenruf von der ÖVP: „Der Finanzreferent will nicht!“) Wo ist hier, wenn wir so reden, vom Landtag aus den Bergarbeitern geholfen worden, wenn wir freiwillig den Kohlenbergbau oder die verstaatlichten Betriebe überhaupt einem Ruin entgegenführen. Das hätte ich dazu zu sagen. (Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmann K r a i n e r: „Wir können die Gruben nicht subventionieren, so reich sind wir nicht!“)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Vinzenz L a c k n e r das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Wenn über den Kohlenbergbau gesprochen wird, so geschieht das schon die längste Zeit, seit ich in diesem Hause sitze, immer wieder bei den Budgetberatungen, aber auch zwischendurch, wenn es irgendwo im Bergbau kriselt

oder wenn Wahlen vor der Tür stehen. Und wir Bergleute sind dankbar dafür, daß wir so viele Retter auf einmal haben. Wir wollen aber nicht, daß es uns so gut geht wie dem, der vom Wirtshaus herauskommt und aufs Roß hinauf will und alle Heiligen anruft und dabei auf der anderen Seite wieder hinunterfällt und dann sagt, „nicht alle auf einer Seite!“ So ähnlich kommt mir das da vor. Aber ich möchte hier nur eines erwähnen: Der Bergbau ist gewöhnt, mit Dynamit und Donarit und wie unsere Sprengstoffe alle heißen, umzugehen, ihn bringt das gar nicht aus der Fassung, wenn sich hier Unberufene so wortstark ergehen lassen und damit glauben, das Kohlenproblem zu meistern. (Abg. Dr. R a i n e r: „Wer ist unberufen?“) Der Kraus.

Wenn man heute behauptet, daß nur von einer Seite überhaupt etwas geschehen ist, so möchte ich wiederholen, daß das nicht immer so war. Ich komme zurück auf die Zeit, als Fohnsdorf im Jahre 1961 hätte geschlossen werden sollen. Wir sind damals Ende Juni bei der letzten Landtagssitzung zusammengekommen, ich habe als Fohnsdorfer Bergmann die Fraktionen aller Parteien eingeladen, bei ihren Klubs vorstellig zu werden, und so sind eben von der Bergarbeiterseite die Betriebsräte und der Bürgermeister für unseren Klub gefahren und von der ÖVP-Seite die Kaufleute, die Gewerbetreibenden und auch Bauersleute waren dabei mit dem Herrn Bezirkshauptmann Dr. Ludwig. Was war die Ursache, daß die auch mitgekommen sind? Weil sie eine Menge investiert hatten in ihre Geschäfte, aber auch eine Menge Außenstände hatten und die Angst sie unter den Nägeln brannte, daß, wenn Fohnsdorf gesperrt wird, es ein großes Unglück ist für die Gemeinde mit 12.000 Leuten, weil alle vom Bergbau sozusagen leben. Bauern, Handwerker, Kaufleute usw.; 10 Millionen Schilling im Jahr gehen leicht allein aus der Forstwirtschaft in diese Grube hinein. Das war der Grund. Und wie sind sie dann nach Hause gekommen, die Abordnungen? Unsere Abordnung ist nach Hause gekommen mit der Zusicherung, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner die Grube befährt, sich das anschaut und in Wien alles tun wird, was nur möglich ist, um die Schließung zu verhindern. Ihre Abordnung, wenn ich sie so nennen kann, unter der Führung von Herrn Bezirkshauptmann Dr. Ludwig, ist nach Hause gekommen und hat gesagt, „es hilft nichts mehr, das ist beschlossene Sache“. Herr Landeshauptmann, wenn das nicht wahr ist, können wir uns ja noch darüber unterhalten. Tatsache ist, sie sind mit dieser Meinung nach Hause gekommen, „es nützt nichts mehr, Fohnsdorf hilft nur, wenn man einen anderen Betrieb hinbringt, die Grube wird geschlossen.“ (Landeshauptmann K r a i n e r: „Aber nicht von uns!“) So die Tatsache von damals. Und als dann im Sommer die berühmte Sitzung war im Ministerkomitee am Ballhausplatz — der Herr Landeshauptmann wird sich ja noch erinnern —, da sind zwei Bergleute mit einem Kohlenkisterl vor dem Bundeskanzleramt gestanden und da sind so und so viele Leute vorbeigegangen und haben gesagt: „Was, diese Kohle gibt es in Österreich? Das ist ja Steinkohle.“ Damals war die Absatzkrise. Man sieht daraus, daß es viele Leute gibt — und es werden auch in Steiermark nicht wenige sein —, die gar

nicht wissen, was wir an Bodenschätzen haben, aber auch nicht wissen, wie schwer wir sie gewinnen.

Damals hat man im Ministerkomitee nur eine Aufschiebung beschlossen, und zwar solange, bis der Energieplan erstellt ist. Gott sei Dank haben wir heute noch keinen Energieplan, möchte ich fast sagen, denn, wenn das Ziel des Energieplanes das ist, die Grube zu schließen, dann können die Bergleute ruhig sagen, sie verzichten darauf. Denn das wäre ein unvernünftiger Energieplan. Der Sekretär der Fachgruppe Bergbau, der Dr. Dengg, hat gesagt, „die Schließung einer Grube in Österreich ist Unzucht wider die wirtschaftliche Vernunft.“ (Abg. Leitner: „Was ist denn dann mit Ratten? Haben sie Unzucht betrieben?“)

Wir dürfen nicht vergessen, daß kein Betrieb und keine Produktionsstätte so unter der Preisschere leidet als gerade der Bergbau. Denn je tiefer wir in die Grube kommen, desto höher werden die Gestehungskosten. Aber der Kohle gibt man nicht den gebührenden Preis. Und selbst wenn die Paritätische Kommission im Vorjahr eine 4%ige Preiserhöhung zugestanden hat, so konnte man diese gar nicht ausnützen, weil die Konkurrenz ausländischer Kohle — und da ist wieder das Handelsministerium zuständig — sowie die Konkurrenz von Erdgas und Erdöl so groß ist, daß die Kohle, wenn sie auch die Möglichkeit hat, das gar nicht ausnützen kann. Damals war die Sache eine Absatzfrage. Heute wäre der Absatz da, heute ist es eine Preisfrage. Der Bergbau mit seiner Tiefe und seinen zunehmenden Schwierigkeiten bringt es auch mit sich, daß ein Liefervertrag, wie der für Zeltweg mit 350.000 Jahrestonnen, einmal vorübergehend nicht genau eingehalten werden kann, weil es in der Grube ja nicht so ist wie in einer Schuhfabrik. Heute erzeuge ich Damenschuhe und morgen mache ich Grobgenähte und übermorgen mache ich Bubenschuhe. Im Bergbau muß man den Abbau, so wie er in seiner Länge ist, vorwärts treiben, ansonsten kann es passieren, daß Gefahren aller Art auftreten. Ich kann eine Grube nicht darauf abstellen, heute 10.000 Tonnen zu fördern und morgen 5000 Tonnen, je nachdem, wie ich es gerade brauche. Der Abbau muß konstant durchlaufen. Daher sind auch diese Lieferverträge alle langfristige. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Leute, die für das Kraftwerk Zeltweg den Liefervertrag abgeschlossen haben, dumme Leute waren, daß sie für 30 Jahre abschließen, wenn nur mehr für 10 Jahre, wie man jetzt sagt, Kohle vorhanden ist. Tatsächlich sind die Verhältnisse für Fohnsdorf so, daß mindestens für 30 Jahre erschlossene Kohle schon vorhanden ist, daß aber für noch weitere 20 Jahre Kohle da ist, die erst erbohrt und erforscht werden muß. Es ist direkt ein Zufall, daß ich heute einen Bergmannskalender mit habe, in dem diese Dinge auch behandelt werden, und zwar von anerkannten Fachleuten, die das in ihrer Art richtig untersucht und dargestellt haben. Die Unkenrufe, wie wir sie hier immer hören, machen uns Bergleute nicht schichtig! Im letzten Moment, wenn es darauf ankommt, werden wir schon wissen, was wir zu tun haben! Das haben wir schon einmal bewiesen. Aber auf solche Belehrungen, Herr Abgeordneter Leitner, verzichte ich. Damals, als die Kohlenkrise in Fohnsdorf war, seid's in Fohnsdorf beieinander gesessen

und habt ein Memorandum ausgearbeitet, und in diesem Memorandum habt ihr euch mit 4 Millionen Tonnen zufrieden gegeben! Alle Anwesenden haben da zugestimmt. Und ihr habt damit anerkannt, daß in längstens 5 Jahren weitere 5000 Bergarbeiter arbeitslos werden, wenn man umsatteln muß. Aber seither sind nicht 5000 Bergleute arbeitslos geworden, denn die, die arbeitslos geworden sind, sind in die Frührente gegangen und haben dadurch die Bergarbeiterversicherung belastet, die als einzige mit über 50 Millionen Schilling diesen Bergleuten zu Hilfe kommen mußte. So schaut die Sache wirklich aus. Man kann nicht hergehen und hier plätschern und Wald- und Wiesenreden halten, wenn man auf der anderen Seite ein Memorandum im Sack hat, bei dem man von vornherein die Bergleute ausschließt. Das ist die Gemeinheit. Das ist die Demagogie, die ihr betreibt, und den Dank dafür habt ihr ja von den Bergleuten bekommen, dadurch, daß ihr von 7 Betriebsratsmandaten auf 3 heruntergerutscht seid!

Wir haben heute schon gehört, daß die steirische Kohle ungefähr 75% der österreichischen Förderung ausmacht, aber die gesamtösterreichische Förderung macht ja nur 60% dessen aus, was wir brauchen. Und wenn heute auch die Auslandskohle billig ist, so soll keiner träumen, daß, wenn es keinen österreichischen Bergbau mehr gibt, die Auslandskohle noch so billig sein wird. Sie werden das mit einem Vielfachen hereinbringen, und wir werden dafür weit mehr zahlen, als was heute der Bergbau versprochen erhalten hat. Von der Bergbauförderung hat der steirische Bergbau bis jetzt erst 18 Millionen Schilling erhalten, das sind nicht einmal 30%, obwohl er 80% der österreichischen Kohle aufbringt. Die Preisfrage ist natürlich auch die: Man kann vergleichen, wenn man die Kohle ins Verdienen bringt. Wenn Sie heute schauen, ist es ja beim Strom auch so, ob Sie nun ein Laufkraftwerk haben oder ein Speicherkraftwerk, so werden Sie doch auch dort Preisunterschiede finden, der Unterschied zwischen Ybbs-Persenbeug und zwischen Kaprun wird eine Preisdifferenz von 1:10 sein durch die Amortisation. So ähnlich ist es aber auch bei den kalorischen Werken, wenn ich Öl und Kohle gegenüberstelle. Aber ich glaube, wir sind alle zusammen verpflichtet, uns nicht dem Fortschritt zu verschließen, sondern wohlweislich zu erwägen, wieweit heimische Brennstoffe und Bodenschätze, die unsere Arbeitsplätze sichern, eingebaut werden können. Ich habe da zufällig — wie ich schon gesagt habe — ein Buch mit, und da ist auch vom Berg von Peter Rosegger etwas drinnen.

„Peter Rosegger und das Licht“. Da steht: „Krieglach, am 24. Dezember 1907, 6.12 Min. abends, und das erste Mal elektrisches Licht.“ Und Peter Rosegger schreibt dann weiter: „Nur wenn wir zwischen Technik und Seele, zwischen Mensch, Maschine und Gemüt den Ausgleich finden, dann ist die Vermittlung da zwischen alter und neuer Zeit.“

Damit ist schon sehr viel gesagt, mit diesem Satz, und diesen richtigen, vernünftigen Weg haben auch wir zu finden. Ich möchte nur damit schließen, daß ich darauf hinweise, so ähnlich wie es in den guten, alten Lesebüchern gestanden hat im Gedicht vom

Bauern, der kein Spielzeug ist: „Auch der Bergmann ist kein Spielzeug. Verlacht nicht Kohle oder Erz. Es schlägt darin des Bergmanns Herz!“ (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte vorerst festhalten, daß ich von vornherein jeden Zwischenruf verzeihe, weil ich dafür Verständnis habe. (Landesrat Sebastian: „Sie müssen Ihre Reden aber gut kennen!“) Hohes Haus, ich bin gestern anlässlich einer Wählerversammlung in der darauffolgenden Diskussion gefragt worden, ob es den Tatsachen entspreche, daß ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei auf dem Standpunkt stehen könnte, ein Bergwerksbetrieb sei ihm vollkommen gleichgültig. Ich bin dann näher darauf eingegangen und mußte tatsächlich feststellen, daß in einer SPO-Versammlung in Bergla davon gesprochen wurde, daß die Lage dort dem Abgeordneten Kraus — um den handelt es sich —, vollkommen gleichgültig sei. Ich habe vergessen zu fragen, ob der Redner, es handelt sich um Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dies in offener Rede oder hinterher im zwanglosen Beisammensein mit den Vertrauensmännern gesagt hat. (Landesrat Gruber: „Das ist die Beweisführung für die Anschuldigung!“ — Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich kann Sie beruhigen, weder in offener Rede noch hintenherum noch irgendwo sonst!“) Ich will nur darauf hinweisen, wie rasch diese Dinge sich über Meilen hinweg gleich verbreiten. Und damit ist ja auch sicherlich der Zweck erfüllt, für den dies oder jenes in die Welt gesetzt wird. Aber ich glaube, Hohes Haus, daß wir alle miteinander, wie wir da sitzen, uns doch verantwortlich fühlen in der Sorge um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze bzw. daß wir uns mit unserer ganzen Kraft und politischen Verantwortung dafür einsetzen. Da sollten wir tatsächlich diese Dinge doch aus der lokalen Sphäre eines Wahlkampfes heraushalten. Man nimmt zwar nicht immer Rücksicht darauf, wie dies jüngst durch den Herrn Vizekanzler bewiesen wurde. Ihre leidenschaftliche Stellungnahme, Herr Landesrat Sebastian (Landesrat Sebastian: „Also das hätte mich ja gewundert, wenn Sie mich nicht zitieren würden!“), für den Herrn Vizekanzler, beweist mir doch, daß Sie ein kritikloser Anhänger Ihres Parteichefs sind. Hohes Haus. (Landesrat Bammer: „Sie profitieren ja von der Namensgleichheit!“) Vor nicht allzu langer Zeit ging durch die Weltpresse eine Erklärung des Herrn Vizekanzlers, in der er als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale oder aber als Regierungsmitglied, sei es, wie es sei... (Landesrat Sebastian: „Sei es wie es sei, der Pittermann steht mir näher als Sie, das können Sie mir glauben!“ — Heiterkeit.) Verständnis für die Einführung der britischen Importabgabe zeigte. Finden Sie es richtig, daß ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung Verständnis dafür findet, daß eine wenn auch ihm sicherlich sympathisch erscheinende Regierung, wie die Labour-Party, die Welt mit einer 15%igen Importabgabe

überrascht, obwohl damit unsere Exporteure sehr geschädigt und unsere Arbeitsplätze gefährdet werden. (Abg. Scheer: „Das ist ja der vielgeliebte EFTA-Partner England, Sie haben ja England wollen und haben den Vertrag gemacht!“) Der Herr Vizekanzler hat sich damit nicht nur den Unwillen seiner EFTA-Partner zugezogen, die wenigstens auch als Sozialisten den Mut hatten, den englischen Sozialisten zu sagen, daß die Arbeitsplätze durch diese Maßnahme gefährdet wären. Einzig und allein dem österreichischen Vizekanzler, dem Sachwalter für die verstaatlichte Industrie, war es vorbehalten, seine Referenz und sein Verständnis für diese englische Maßnahme zu zeigen. Meine Damen und Herren! Das muß angesichts dieser kleinen Debatte, die hier möglicherweise aus einem Gerücht entstanden ist, gesagt werden, weil damit wirklich offenbar wird, daß manchmal parteipolitischer Ehrgeiz auch die Sorge um die Arbeitsplätze übertönt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich noch Herr Abgeordneter Neumann.

Abg. Neumann: Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Der Herr Kollege Leitner hat in seinen Ausführungen von einem Zwischenbericht gesprochen. Ich möchte die heutige Landtagsdebatte eigentlich als einen Zwischenbericht für den bereits auf vollen Touren laufenden steirischen Landtagswahlkampf bezeichnen. Es wurde hier wiederholt argumentiert und es sind wiederholt Argumente offen zum Ausdruck gekommen, die draußen nicht so öffentlich, aber die draußen doch so unterschwellig in der Propaganda immer wieder verwendet werden.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Mir persönlich hat der Herr Kollege Zagler das Stichwort für meine Wortmeldung gegeben. Er hat in seinen Ausführungen erklärt, daß die Steiermärkische Landesregierung für den steirischen Kohlenbergbau nichts getan hätte. Ich möchte dazu zunächst für unsere Fraktion erklären: Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei, wie überhaupt die Österreichische Volkspartei, fühlt sich in selbstverständlicher Weise für alle Berufsstände und damit auch für die Bergarbeiter verpflichtet, und ich möchte dazu nur betonen, diese Partei wird ja auch immer wieder — und ich glaube und hoffe, es wird am 14. März nicht anders sein — von allen Berufsständen gewählt und alle Berufsstände haben Vertrauen zu ihr. Ich möchte aber sagen, wenn nichts geschehen sein sollte in diesem Hause für den Kohlenbergbau und sich die Sozialisten aber immer aufspielen als die Vertreter des Kohlenbergbaues, dann muß ich die Frage stellen, Hohes Haus, wozu sind denn dann die Sozialisten in diesem Hause gesessen? Die gleiche Frage muß ich stellen für die steirische STEWEAG. Es sitzen ja auch Sozialisten in der STEWEAG. Warum wurden nicht Anträge für bessere Preise für die Feinkohle dort von den Sozialisten gestellt? (Abg. Dr. Rainer: „Herr Zagler, warum habt ihr das nicht getan?“)

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Ich muß doch den Herrn Kollegen Zagler berichtigen und sagen, daß es doch nicht so ist. Und ich

glaube, Sie alle bestätigen mir das, daß es doch nicht so ist, daß von diesem Hause aus für die Existenzsicherung des steirischen Kohlenbergbaues nichts geschehen wäre. Ich möchte nur daran erinnern, an die Initiative dieses Hauses und auf die Verordnungen, die vom Herrn Landeshauptmann an alle Gemeinden hinausgegeben wurden und worin immer wieder gemahnt wurde, die öffentlichen Gebäude, die Schulhäuser usw. nicht mit Öl, sondern mit einheimischer Feinkohle zu heizen. Und ich darf Ihnen dazu sagen, daß sich mehr OVP-Gemeinden an diese Weisungen und Empfehlungen gehalten haben als sozialistische. (Abg. Zagler: „Siehe Schule Voitsberg!“) Ich habe nicht von den Schulen gesprochen, Herr Kollege Zagler, bin aber gerne zu einer Debatte über unseren Bezirk Voitsberg bereit, welche Gemeinden sich dort an die Empfehlungen des Herrn Landeshauptmannes gehalten haben und welche nicht! Es würde sehr interessant sein, das festzustellen. Ich möchte auch erinnern an die Initiative dieses Hauses und vor allem des Herrn Landeshauptmannes bei der Errichtung von kalorischen Kraftwerken. Es wurde schon erwähnt das Grazer Fernheizkraftwerk, es wurde erwähnt das Kraftwerk Zeltweg. Es ist also gerade von diesem Haus aus und vor allem vom Herrn Landeshauptmann immer wieder die Initiative ausgegangen.

Und ich möchte vor allem erinnern, Hohes Haus — das wurde heute noch nicht ausgesprochen —, an den langjährigen Kampf um das Projekt Kastenreith. Ich glaube, wenn es keine Volkspartei und keinen Landeshauptmann Krainer in diesem Haus gegeben hätte, dann wäre dieses Projekt Kastenreith höchstwahrscheinlich mit ziemlicher Sicherheit nicht verhindert worden. Wir haben alle gewußt, daß Kastenreith infolge seiner hohen Gesteigungskosten gedacht war für die Erzeugung von Spitzenstrom, für jenen Spitzenstrom, den bisher die kalorischen steirischen Kraftwerke geliefert haben. Und so wäre auch Kastenreith zu einer Konkurrenz für die steirischen kalorischen Kraftwerke und damit zu einer Konkurrenz für die steirischen Bergarbeiter und für den steirischen Kohlenbergbau geworden. („Sehr richtig.“ — Beifall von der OVP.) Das hat die Initiative dieses Hohen Hauses verhindern können!

Und wenn hier gesagt wurde, Hohes Haus, daß es der Handelsminister Bock war, der für eine Reduzierung des Kohlenbergbaues eingetreten ist, so kann ich das nicht überprüfen, ich habe es zumindest aus seinem Munde nie gehört. (Abg. Zagler: „Ich war dabei! Herr Landeshauptmann, wir waren ja dort!“ — Landesrat Peltzmann: „Wir trauen uns ja auch in Wien unsere Meinung zu vertreten!“)

Ich kann das nicht beurteilen. Ich möchte dazu nur sagen, wir haben uns ja auch in unserem Bezirk Voitsberg diesbezüglich und auch in unserem weststeirischen Heimatblatt sehr oft unterhalten, es wurde immer erklärt, alles, was schlecht gemacht wurde für den Kohlenbergbau usw., das ist alles vom Handelsminister ausgegangen, und alles Gute ist von der Sektion 4 des Bundeskanzleramtes, also „Verstaatlichte Industrie“, ausgegangen. Ich habe mich etwas näher interessiert, wer denn überhaupt so richtig zuständig ist für den Kohlenbergbau und damit auch für die Sorgen der Bergarbeiter. Und

wessen Wort daher mehr wiegt. Und ich bin dabei daraufgekommen, daß dem Handelsminister ja nur die Oberste Bergbehörde untersteht und daß diese mehr oder weniger ja nur eine Polizei, eine Aufsichtsbehörde des Kohlenbergbaues ist. Für die gesamten wirtschaftlichen Sorgen und Probleme ist tatsächlich die Sektion 4 des Bundeskanzleramtes zuständig, und es ist daher unaufrichtig und man kann daher nicht sagen, daß das nicht zuständige Handelsministerium alles schlecht gemacht hätte und die Sektion 4 alles gerettet hätte. (Abg. Zagler: „Herr Kollege Neumann, ich könnte über die Landwirtschaft nicht so genau berichten!“ — Landesrat Bammer: „Werden die Einfuhrbewilligungen im Gesundheitsministerium gemacht?“) Meinen Sie die Kohleneinfuhr zur VOEST? Ich glaube, da hätten Sie auch so viel Einfluß gehabt, um die Betriebe der VOEST nicht mit ausländischer, sondern mit einheimischer Kohle zu beliefern. Oder haben Sie auch dort nichts zu reden? (Landesrat Bammer: „Ich bin ja nicht im Aufsichtsrat der VOEST wie der Kollege Dr. Rainer!“ — Landesrat Gruber: „Vom Arbeitsübereinkommen haben Sie noch nie etwas gehört?“ — Landesrat Wegerart: „Noch nicht durch den Bammer-Kanal gedrungen!“)

Ich möchte abschließend noch einmal sagen, daß von diesem Hause sehr wohl Initiativen für den steirischen Kohlenbergbau ausgegangen sind, vor allem von unserem Herrn Landeshauptmann Krainer. Wir bekennen uns selbstverständlich zum Kohlenbergbau, wir bekennen uns zu den steirischen Bergarbeitern, weil wir genau wissen, daß sie sehr viel für dieses Land, für unsere Heimat und für die Wirtschaft dieses Landes geleistet haben und daß wir sie auch in der Zukunft dringend brauchen werden. Wir bekennen uns daher vollinhaltlich zu unseren Bergarbeitern im Kohlenbergbau und, wenn vielleicht der Herr Handelsminister Dr. Bock diese Äußerung getan haben sollte, dann möchte ich nur sagen, daß sich die steirische Volkspartei und der Herr Landeshauptmann Krainer einem Bock gegenüber durchgesetzt haben, das können Sie von sich nicht sagen, daß Sie sich auch gegenüber einem Probst durchgesetzt hätten! (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu dieser Wechselrede hat sich noch Herr Abgeordneter Scheer zum Wort gemeldet. Ich mache aber aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung die Wechselrede nicht über 17 Uhr ausgedehnt werden darf.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wer heute dieser Landtagssitzung Folge leisten kann — es sind dies leider Gottes nur ganz wenige Menschen aus der Steiermark — oder wenn man es dem Fernsehen oder dem Rundfunk möglich machen könnte, diese Sitzung der steirischen Bevölkerung näherzubringen, dann würde vermutlich das Ende und die Konsequenz daraus sein, daß man entweder nicht zur Wahl geht oder sich größter Wahlenthaltung befleißigt oder es würde überhaupt ein größerer politischer Erdbeben die Folge sein.

Aber darüber wollen wir heute nicht reden, außer Sie wünschen es. Wenn Sie es wollen, bin ich auch dazu bereit. Aber ich möchte feststellen, meine Damen und Herren, daß diese Art der Auseinander-

setzung irgendwie eine Spiegelfechterei ist. Eine Spiegelfechterei zwischen der SPO und der OVP, weil sie nämlich Dinge berühren, die sie in der Masse gemeinsam zum Wohle oder gemeinsam zum Unwohle dieses Landes gemacht haben. Wenn Sie über die Wirtschaftspolitik und ihre Folgen sprechen, dann haben Sie sie gemeinsam beschlossen oder gemeinsam gemacht, und wenn Sie sich vorwerfen, der eine Minister wäre durch den einen Parteigänger nicht entsprechend beeinflusst oder der andere Minister durch den anderen Parteigänger, dann ist das nichts anderes. (Landesrat Peltzmann: „Sie werden ja so durch den Rechnungshofpräsidenten kontrolliert!“) Was soll denn der Zwischenruf jetzt bedeutet haben? Sie haben da etwas anderes jetzt in die Kehle bekommen. Der Herr Landesrat Peltzmann bewirkt, daß ich über 17 Uhr sprechen werde. Aber ich möchte noch einmal sagen, wenn Sie sich wirtschaftliche Dinge vorhalten gegenseitig, die Sie ja gemeinsam veranstaltet haben, alle die Dinge, die in Österreich auf dem wirtschaftlichen Sektor geschehen . . . (Abg. Dr. Pittermann: „Das ist ein Glück, daß Ihre Partei nicht in die Regierung gekommen ist!“) Womit begründen Sie diesen Umstand?

Dieser würdelose Zustand, den Sie sich hier selber vorspielen, als würden Sie dem einen die anderen Dinge in die Schuhe schieben, das ist irgendwo nicht in Ordnung. Und auch mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl kann man doch nicht von unserer Bevölkerung so wenig Einsicht erwarten, daß sie sich nicht sagen, das Theater machen sie sich doch nur vor, weil in drei Wochen die Wahlen sind. (Landeshauptmann Krainer: „Also bitte, Herr Kollege, ich muß Ihnen schon sagen, zum Theater sitzen wir nicht da, das kann höchstens für Sie zutreffen!“) Aber der Eindruck, den man als neutraler Beobachter zwischen Ihnen beiden, OVP und SPO, hat, ist wirklich ein Theaterdonner, den Sie vor der Wahl machen. (Landeshauptmann Krainer: „Ist es ein Theaterdonner, wenn Leute fürchten, daß sie abgebaut werden?“)

Und wenn ich andere Dinge betrachte, die Sie sich hier gegenseitig vorzuwerfen haben, ich will hier nicht den Richter spielen. Aber wenn heute sich die OVP und die SPO gegenseitig der Lüge bezichtigten, meine Damen und Herren, dann gibt es im normalen bürgerlichen Recht überall eine Möglichkeit, gegeneinander vorzugehen, nur Sie schützen sich hinter Ihrer Immunität, daß Sie dann diese Lüge nicht als diese Bezeichnung nehmen, was sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist. Das ist doch wirklich ein beschämender Umstand. Das lassen Sie sich ruhig von einem, der zwischen Ihnen beiden steht, sagen und nehmen Sie es auch zur Kenntnis. Ihre Beteuerungen von der linken und von der rechten Seite bezüglich der Versuche um die Steuerung der Kohlenkrise muß ich ernst auffassen, und ich habe es auch bisher ernst aufgefaßt. Aber was Sie jetzt beide hier erklärt haben, ist, als wäre niemals von Ihnen beiden eine diesbezügliche Erklärung oder ein diesbezüglicher Versuch unternommen worden, diese Krise zu lösen. Und wenn Sie ganz ehrlich sind, meine Damen und Herren, müssen Sie sagen, es ist viel geschehen in diesem Zusammenhang. Das darf ich Ihnen als eine Zensur ausstellen, daß Sie beide

zweifellos etwas dazugesetzt haben, und der Herr Landeshauptmann wird mir in dem Fall zustimmen müssen, wenn ich diese Feststellung hier mache, und darum glaube ich auch mit Recht feststellen zu dürfen, daß es ein Theater darstellt, wenn Sie sich in dieser Frage jetzt völlig nutzlos erhitzen.

Das möchte ich zu dieser Frage gesagt haben.

Präsident: Damit ist die Wechselrede über die Antwort des Herrn Landeshauptmannes Krainer beendet.

Wir kommen nun zur Wechselrede über die Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek. Als erster hat sich hier Herr Abgeordneter Stöffler zu Wort gemeldet.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Die Anfrage des Herrn Abg. Ileschitz hat bewirkt, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek seiner Sorge darüber Ausdruck gegeben hat, daß wir auf manchen Gebieten uns vor einer Preisbewegung befinden. Darf ich dazu sagen, wir alle, meine Damen und Herren, haben keine Freude mit Preiserhöhungen. Wir alle würden es lieber sehen, wenn statt erhöhter Preise die Kaufkraft steigen würde.

Das wäre uns lieber. Das wäre uns lieber einerseits, wenn ich den Berufsstand der Bauern hernehme, weil sie mit dem hart erarbeiteten Geld mehr kaufen könnten. Es ist für die Bauernschaft keineswegs glücklich, wenn die Preise steigen, weil sie, wie Sie alle wissen, damit immer mehr in die Schere kommen. Es ist auch für den Konsumenten schlechthin keineswegs glücklich, wenn die Preise steigen, und es ist auch keineswegs von Vorteil für die Wirtschaft, und die Wirtschaft hat kein Interesse an einer Preissteigerung. Wir müssen uns ein bißchen umschauen um die Ursachen. Es liegt auf dem Gebiet des Brotpreises ein Antrag der Bundesregierung vor, den Brotpreis zu erhöhen, und zwar, soweit ich im Bilde bin, um 43 g pro kg. Die Ursache hierfür ist, daß Lohnforderungen vorliegen, 17% Lohnerhöhungen. Das bedeutet z. B. in der Lohngruppe 1 für einen Mischer, daß sein Wochenlohn von 613 S auf 710 S steigen soll, und dazu noch die Steigerung der 50%igen Zuschläge für die Frühstunden und Nachtstunden, das sind beim Mischer 4 Stunden im Tag; in der Gruppe 2 bei den Ofenarbeitern würde sich die Lohnerhöhung von 572 S auf 660 S ergeben. 17% Lohnsteigerung sind bei einem so lohnintensiven Gewerbe wie beim Bäckereigewerbe natürlich von größter Bedeutung. Dazu kommt, daß vor einiger Zeit auch die Urlaubszuschüsse sich geändert haben, und zwar wesentlich. Die Urlaubszuschüsse und die Weihnachtsgelder haben sich erhöht. Bei den Weihnachtsgeldern allein schaut es also so aus, daß jetzt, schon wenn ein Jahr absolviert wurde, drei Wochenlöhne zu bezahlen sind, ab dem 2. Jahr 4 Wochenlöhne. Früher war das so, daß in der 1. Stufe nur $1\frac{3}{4}$ Wochenlöhne bezahlt wurden und dann in der 2. Stufe $3\frac{1}{2}$ Wochenlöhne. Dazu kommt, daß inzwischen seit der letzten Brotpreiserhöhung im Jahre 1963 die Strompreise sich erhöht haben und alle anderen Erhöhungen. Und schließlich darf auch noch eines gesagt werden: Im Jahre 1963 ist auf Grund einer amtlichen Prüfung festgestellt worden, daß der Preis höher gerechtfertigt

tigt gewesen wäre, als er schließlich bewilligt wurde. Man hat der Wirtschaft den Rest in den zuständigen Betrieben aufgefüllt. Und nun, schauen Sie, meine Damen und Herren, beim Kleingebäck geht es ja noch, aber beim Brot ist die Situation wirklich etwas prekär geworden. Und daher ist es also eine Forderung der brotzeugenden Industrie.

Und nun darf ich vielleicht zur Frage der Lohnforderungen etwas sagen. Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, daß natürlich der höhere Ertrag der Wirtschaft auch in einem höheren Lohn in dem Maß, als es richtig ist, seinen Niederschlag finden muß, ja selbstverständlich! Der Mehrertrag hat sich zu bewegen einerseits in die Investition, in den Lohn und in eine gewisse Kapitalsaufstockung, die wir ja brauchen. Aber wie wollen Sie denn bei der Broterzeugung zu einem Mehrertrag kommen, meine Damen und Herren? Hier gibt es ja keine Flucht nach vorne, weil ja der Brotkonsum nicht steigt, sondern eher zurückgeht. Und daher hat die Industriesektion innerhalb der Bäcker gefordert, man müsse hier zu einer Erhöhung der Preise kommen, weil sonst diese Forderungen, insbesondere die 17%ige Lohnforderung, nicht aufzufangen sind. In der Industrie ist maßgeblich auch verankert die GOC, denn die Konsumvereine haben vielfach Bäckereien, hauptsächlich industrielle Bäckereien.

Wenn also hier die Sorge zum Ausdruck gebracht wird, daß der Brotpreis steigt, dann hätte ich es für empfehlenswert gehalten, Herr Vorsitzender der Sozialistischen Partei, daß Sie im eigenen Kreis und im Rahmen der Wirtschaftsbetriebe, die Sie allein regieren, auch dort entsprechend besprochen worden wäre. Ich habe bisher nichts davon gehört, daß die GOC sich gegen die Preiserhöhungen ausgesprochen hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Haben Sie bei Ihren Betrieben gesprochen, ja?“) Ich habe in letzter Zeit gehört, daß die Herren Konsumvereinsvertreter sehr wohl für die Erhöhung dieser Preise eintreten und daß sie gewisse Schwierigkeiten mit den Gewerkschaftsvertretern haben.

Ein Zustand, der an sich ziemlich natürlich ist, der Konsumvereinsvertreter braucht einen Preis, daß der Betrieb existieren kann, und der Vertreter der Gewerkschaft will einen Lohn, daß seine Arbeiter mehr verdienen.

Aus diesem und jenem Grund berechtigt und sicherlich zu verstehen. Aber solche Dinge, die sich im Spiel zwischen den beiden Sozialpartnern ergeben nun in dramatischen Worten als eine besondere Sorge herauszustellen, ohne vorher selber im eigenen Kreis Ordnung zu machen, halte ich doch für — ich möchte sagen — zu sehr auf den Wahlkampf ausgerichtet. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Koller. Ich erteile es ihm.

Abg. Koller: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Bauer bedauere ich es sehr, daß unsere Existenzfragen — der Preis für unsere Produkte ist nun einmal der Lohn für unsere Arbeit — immer wieder als Politikum behandelt werden und daß man glaubt, daraus diese oder jene kurzfristigen Vorteile zu ziehen. Es wird vielleicht

schwer sein in dieser etwas wahlgeschwängerten Atmosphäre die Lebensfragen der steirischen Bauernschaft sachlich zu behandeln. Denn es wird etwas in politische Gehässigkeiten geworfen, was, glaube ich, besser sachlich gelöst werden sollte. Und zwar sachlich gelöst zum Vorteil von uns allen, ich betone das. Die nicht gerade glückliche und auch nicht ganz sachliche Aufrollung der Milchpreisfrage durch die dringliche Anfrage erinnert uns allzusehr an eine Geistigkeit und an eine Einstellung, die im Extrem etwa dort endet, wo man dann dem Bauern vorwirft, er sei ein pragmatisierter Stützungsempfänger des Staates. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kann man sich denn wirklich nicht aufraffen, diese Lebensfragen nicht nur der steirischen Bauern, sondern darüber hinaus der ganzen Bevölkerung von einer objektiven und sachlichen Seite zu sehen? Allein das Bild der Bäuerin von heute müßte uns doch zeigen, daß es wesentlich vom Bild der Frau von heute abweicht. Und legt nicht diese Tatsache allein uns allen eine Verpflichtung auf? Ich glaube, wenn man sich bemüht, die Situation sachlich und objektiv zu sehen, würde sich manches von selbst erledigen oder zumindest lösen lassen. Wie ist die Situation? Es ist unbestritten, daß die Belastungen der Landwirtschaft immer größer werden. Es ist unbestritten, daß das technische und fortschrittliche Zeitalter gewaltigste Belastungen und Anstrengungen der bäuerlichen Betriebe auf dem Sektor der Investitionen verlangt. Es ist unbestritten, daß die Milchviehhaltung nur bedingt zu rationalisieren ist, daß sie eine Sonntagsarbeit erfordert. Die 5-Tage-Kuh ist bis heute nicht erfunden. Es ist unbestritten, daß letzten Endes hier sich vielleicht eine Entwicklung anbahnt, die wir heute — verzeihen Sie, wenn ich das sage — etwas kurzfristig sogar noch wünschen. Denn das Verschwinden des Butterberges, all die Sorgen um die Exporte und all die Ausgleiche usw. usw. sind sicherlich nicht einfach. Nur, meine Damen und Herren, hier tritt die Frage auf, wird das morgen auch noch erwünscht sein? Wir haben in der Steiermark eine große Zahl von Betrieben, die bereits viehlos arbeiten. Das kommt ja nicht von ungefähr. Das muß doch seine Ursache haben! Ich glaube sicher, wenn die Schweizer rund 1000 Franken pro Kuh für die Mehreinstellung einer Kuh bezahlen, so geschieht dies auch nicht aus einer Spenderlaune heraus, sondern hat das sehr wohl überlegte Hintergründe. Ich glaube, man muß sich in dieser Frage wirklich dazu durchringen, anzuerkennen, daß man die agrarische Produktion — ich glaube, es ist bereits 5 Minuten vor zwölf (Landesrat Sebastian: „5 Minuten vor eins!“) — nicht auf die Dauer mit politischen Mitteln vergewaltigen kann. Denn die Folgen sind, glaube ich, nicht immer genau überlegt und überdacht, wenn man z. B. so leichtthin sagt, wie das auch geschehen ist, daß es ein Luxus sei, in Österreich eine agrarische Produktion aufrechtzuerhalten, wenn man doch von überallher alles so billig angeboten bekomme usw. Es würde zu weit führen, auf diese Dinge einzugehen. Nur eines, Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, möchte ich einfügen, und zwar konkret auf Ihre Fragebeantwortung zurückkommend; Sie haben da die Futtermittelfuhr und all diese Dinge etwas kritisch

unter die Lupe genommen. Haben Sie oder Ihre Agrarexperten — sofern solche vorhanden sind —, haben Sie sich schon überlegt, daß genügend Futtermittel für Tausende und Abertausende von Klein- und Kleinstbetrieben überhaupt die Existenzvoraussetzung sind? Denn die Veredelungswirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ja die Voraussetzung bei diesen Kleinbetrieben, wenn sie auch arbeitsintensiv ist. Und wenn der heimische Grund und Boden diese Mengen nicht liefert, dann werden wir wohl oder übel diese Dinge irgendwo beschaffen müssen. Oder wollen wir diese klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, die darauf angewiesen sind, vor die Hunde gehen lassen? Ich glaube, meine Damen und Herren, die Frage des Milchpreises und überhaupt alle damit zusammenhängenden Fragen sind weniger eine Frage der Abgeltung — da kann man streiten darüber —, sondern sie müßten in unserem Denken vor allem eine Frage der Vorsorge für die Zukunft sein. Denn die Ernährungsfreiheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn uns auch heute nicht täglich vorexerziert wird, daß der Brotkorb hochhängt, Gott sei Dank, sage ich, die Ernährungsfreiheit eines Volkes ist von der Freiheit dieses Volkes schlechthin nicht zu trennen. Denn wenn wir morgen oder übermorgen beim Nachbarn betteln und bitten müssen, dann wird er uns nicht nur den Preis diktieren und auch nicht nur die Höhe der Kalorien-Ration, sondern er wird uns auch noch diese oder jene Bedingung dazu stellen. Ich glaube, das darf man auch in einer Zeit des Überflusses und des Überangebotes an agrarischen Produkten nicht vergessen. Und zum zweiten kurz gestreift: In der modernen Landwirtschaft werden heute tausende und abertausende Dinge gebraucht, die nicht in der Landwirtschaft produziert werden, sondern aus Gewerbe und Industrie kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Milchpreisfrage hängt es letzten Endes sehr wesentlich ab, ob es gelingt, die Bauernschaft kaufkräftig zu erhalten, und diese Kaufkraft der Landwirtschaft ist wieder eine der Säulen für die Vollbeschäftigung in Österreich. Zehntausende von Gewerbetreibenden und Industriearbeitern verdanken letzten Endes ihren Arbeitsplatz, ihren Verdienst und all das, was sie für sich und ihre Familie brauchen, einer kaufkräftigen Landwirtschaft, die in der Lage ist, ihnen diese Dinge abzunehmen. Man muß eben etwas tiefer in diese Dinge auch in der jetzigen Zeit hineingehen! Mit Karikaturen, meine sehr Verehrten, und mit einer etwas oberflächlichen Betrachtung der Dinge kann man diese Probleme nicht lösen. Ich betrachte es wirklich als einen Unfug, der sehr unüberlegt ist, wenn man in der sozialistischen Presse da und dort immer und immer wieder Zeichnungen und Karikaturen sehen muß, die die Arbeit des Bauern geradezu simplifizieren. So einfach, meine Damen und Herren, ist es nicht, daß sich der Bauer nur mit gefülltem Bauch und der Pfeife im Mund unter die Kuh zu legen braucht, um jene Hähnchen und Schläuche zu öffnen, die die Kannen füllen, sondern es steckt sehr viel Arbeit und sehr viel Schweiß dahinter. Ich glaube nicht, daß man allerorts vergessen hat, daß es tausende und tausende Bäuerinnen gibt in diesem Land, denen am Morgen die Hände noch geschwollen sind von der Melkarbeit des

Abends. Ich glaube, auch die Auswirkungen, die eine solche Geistigkeit mit sich bringt, hängen sehr eng zusammen mit all den Fragen in der Landwirtschaft. Wenn sie gegenwärtig auch politisch positiv für die eine oder die andere Gruppe sind, so darf sie uns im Grunde genommen wirklich nicht freuen. Denn, meine Damen und Herren, was ist die Folge einer solchen Geistigkeit? Wundern wir uns, wenn die Dinge so einfach dargestellt werden, daß es zehntausende und zehntausende Menschen in diesem Lande gibt, die von der Landwirtschaft nur mehr jene Vorstellung haben, die sich etwa mit dem Hahn auf- und zudrehen bei der Milchkanne ergibt? Wundern wir uns, wenn es kein Verständnis für die Dinge gibt, die für uns alle auch eine Existenzfrage für die Zukunft sind? Wir haben ja keinen Garantieschein in der Tasche, meine Damen und Herren, daß uns in den nächsten Jahrzehnten oder solange wir leben nichts mehr passiert, denn unsere Väter und Großväter sind ja das lebende Beispiel dafür, daß es in der letzten Generation und im Verlauf der Geschichte manchmal sehr harte und sehr schlechte Zeiten gab, wo man ausschließlich auf das angewiesen war, was die heimische Scholle letzten Endes hervorbrachte.

Ich würde also wirklich bitten, und zwar als Bauer bitten, diese Fragen wirklich verantwortlich und nicht demagogisch zu behandeln. Und es würde wirklich von einer echten Größe zeigen, wenn man den Mut und die Kraft hätte, diese Fragen einmal aus dem politischen Alltagsgetriebe herauszunehmen. Es gäbe hier für viele ein sehr lohnendes Ziel, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir werden um all diese Fragen sicherlich nicht herumkommen. Sie werden dort und da Belastungen und Schwierigkeiten bringen. Wir wissen sehr wohl, daß es für den Rentner und die kinderreiche Familie nicht einfach ist, diese Probleme zu lösen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft allein kann diese Probleme nicht lösen, denn sie ist nicht die ausschließliche Fürsorgeeinrichtung dieses Landes, sondern gemeinsam haben wir diese Fragen zu lösen. Ich glaube, das ist auch eine Tatsache, an der wir nicht vorüberkönnen. (Landeshauptmann K r a i n e r : „So ist es!“)

Ich glaube, nicht gegeneinander, sondern miteinander sowohl die Milchfrage wie viele Fragen zu lösen, wäre das lohnende Ziel. Denn eines steht fest, meine Damen und Herren, ob man es wahrhaben will oder nicht, im Atomzeitalter, im 20. Jahrhundert, ist die Landwirtschaft und sind die Probleme der Landwirtschaft keine Privatangelegenheit der Bauern allein mehr, sondern eine Angelegenheit, die uns alle angeht, und das wollen wir auch über den Wahlkampf hinaus nicht vergessen. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Eine Lebensfrage!“) (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn 3. Präsidenten Dr. Stephan das Wort.

3. Präsident **Dr. Stephan:** Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Das meiste, was ich mir vorgenommen hatte zu sagen, hat mein Vorredner bereits gesagt. Ich darf im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters

DDr. Schachner-Blazizek doch vielleicht einige Kleinigkeiten hinzufügen: Wir sehen täglich und immer wieder, daß die Ernährung in einem Lande nur dann sichergestellt ist, wenn der Bauer frei ist. Wenn Sie sich bitte 20 und 30 Jahre und 50 Jahre zurückerinnern wollen, so werden Sie festgestellt haben, daß alle Länder des Ostens, die heute unter kommunistischer Herrschaft stehen, seinerzeit Agrarausfuhrländer waren und heute vielfach zu Agrareinfuhrländern geworden sind. Warum? Weil man es nicht verstanden hat, das freie Bauerntum dort zu erhalten. Die Frage ferner, die der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter bezüglich der Preise und Löhne angezogen hat, muß in einem Punkt sicher korrigiert werden. Es mag in bezug auf Industrie und gewerbliche Artikel tatsächlich die Frage sein, ob im Einzelfall der Preis oder der Lohn früher gestiegen ist. Hier würde man auf den Streit zurückkommen, der seinerzeit entstanden sein soll über die Frage, ob zuerst die Henne oder das Ei da war. Mit Bezug auf die landwirtschaftlichen Preise stimmt es absolut nicht. Denn die meisten landwirtschaftlichen Preise des Jahres 1965 stammen aus den fünfziger Jahren, und die Löhne — das werden Sie nicht leugnen, sind seit dieser Zeit häufiger und öfter und insbesondere auch in der Landwirtschaft gestiegen. Also dort hinkt der Preis dem Lohn unter allen Umständen nach, nicht umgekehrt.

Ein Drittes möchte ich im Zusammenhang mit der Milch noch zu bedenken geben, sicher wollte es auch der Herr Abg. Koller sagen, aber er hat eben nicht alles sagen können. Bedenken Sie bitte, wenn Sie dem Bauern die Milch nicht bezahlen werden, und zwar so, daß er sie gerne erzeugt, daß Sie mit der Zeit kein Fleisch haben werden. Denn in dem Augenblick, wo die Viehhaltung eingeschränkt wird, und das hat der Herr Abg. Koller je bereits gesagt und es ist nachweisbar, wird natürlich auch die Viehproduktion, nicht nur die Milchproduktion, eingeschränkt, und wir können dann, wenn wir kein Vieh produzieren, auch kein Fleisch produzieren.

Das mit in diese vom Abg. Koller angeregten Überlegungen einzubeziehen, möchte ich doch sehr empfehlen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Leitner das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner hat sich mit der Tageszeitung „Wahrheit“ beschäftigt und behauptet, daß das, was in der „Wahrheit“ vom vergangenen Samstag gestanden ist, nicht richtig ist. (Landesrat Bammmer: „Was meinen Sie?“) Daß der Inhalt des angeführten Artikels im wesentlichen richtig ist, das ist der Kern. Mich wundert nur, daß sich Herr DDr. Schachner aufregt, wenn die „Wahrheit“ so etwas schreibt. (Landesrat Bammmer: „Weil Sie Namen zitiert haben.“)

In der „Tagespost“ vom 19. Februar steht unter der Überschrift „S 5. — als Fernseh-Schilling geplant, neuer Finanzausgleich im März“: „Bei der Konferenz der Landesfinanzreferenten wurde Einstimmigkeit über die Einführung des sogenannten Fernseh-Schillings erzielt.“ Mich wundert nur, daß sich der Herr Landesfinanzreferent nicht hier angesprochen ge-

fühlt hat und auch bis heute noch nicht fühlt. (Abg. Scheerer: „Ja, wenn er nicht dabei war?!“)

In der „Kleinen Zeitung“ vom 21. Februar stehen auf Seite 3 sogar zwei Artikel zum Fernseh-Schilling — davon einer: „Kein Beifall.“ „Die in Wien tagenden Finanzreferenten der Bundesländer traten für die Einführung eines Fernseh-Schillings in Höhe von etwa 5 S pro Fernsehgerät ein.“

Das nimmt der Herr Landeshauptmannstellvertreter als Selbstverständlichkeit hin, obwohl er Landesfinanzreferent ist. Ihm tut anscheinend weh, daß man ihn namentlich genannt hat. Offensichtlich paßt dies nicht zu seinem schönen Bild. (Abg. Dr. Pittermann: „Weil er in Wirklichkeit gar nicht so schön ist.“ — Landesrat Sebastian: „Passen Sie auf, Herr Kollege Pittermann, bei einer Schönheitskonkurrenz können Sie auch nicht mitmachen. Tun Sie sich nichts an!“) Wenn der Herr Landesfinanzreferent schon so genau ist, dann muß ich feststellen, daß die „Neue Zeit“ vom 21. Februar 1965, die zu dieser Frage ebenfalls Stellung nimmt, uns Dinge in die Schuhe schiebt, die nicht richtig sind, weil wir nie behauptet haben, daß DDr. Schachner beantragt hätte, die Fernsehgebühr um 50 S zu erhöhen. Wir haben auch nicht gesagt, daß die Sitzung vormittag war. Die Sitzung konnte genauso nachmittag sein und der Herr Landesfinanzreferent hätte ohne weiteres die Möglichkeit gehabt, an diesem besagten Freitag um 15 Uhr in Wien zu sein. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da habe ich um 11 Uhr noch nach Wien telefoniert und habe gefragt, ob sie am Nachmittag weitergeht!“)

Bei aller Pietät und Achtung, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter im Landhaushof zum Ableben des Herrn Landesrates Prirsch gesprochen hat, so wäre es doch möglich und notwendig gewesen, bei einer so wichtigen Frage das Land und die Bevölkerung in Wien zu vertreten. (Landesrat Sebastian: „Das hilft Ihnen ja eh nichts, warum alterieren Sie sich denn so?“ — Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe sofort nach Wien angerufen, ob ich hinauskommen kann und die Sitzung noch andauert, es hat geheißen: „Nein!“ — Abg. Dr. Rainer: „Haben Sie ein Glück gehabt.“)

Der Herr Landesfinanzreferent hat heute, ich glaube, richtig gehört zu haben, hier dezidiert erklärt, daß er gegen die Einhebung eines Fernseh-Schillings ist und auch in Zukunft eintreten wird. Habe ich richtig gehört? (Landesrat Bammmer: „Jawohl!“) Vertritt diesen Standpunkt auch Ihre Partei?

Meine Anfrage, die ich heute an den Herrn Landesfinanzreferenten und Landeshauptmannstellvertreter gerichtet habe, war darauf ausgerichtet. Ich habe folgende Anfrage gestellt: „Sind Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, bereit, angesichts der noch nie dagewesenen Teuerungswelle — da decke ich mich mit den Ansichten des Herrn Abg. Ileschitz — für die Rückgängigmachung des Beschlusses der Konferenz der Landesfinanzreferenten auf Einhebung eines Fernseh-Schillings mit aller Entschiedenheit einzutreten?“ (Landesrat Bammmer: „Das war dort kein Beschluß!“) Ich hätte mich gefreut, wenn

Sie meine Anfrage beantwortet hätten. Ich bin auch zufrieden, daß Sie in öffentlicher Sitzung erklärt haben, gegen die Einhebung eines Fernseh-Schillings zu sein. Allerdings hoffe ich, daß Ihr Versprechen länger anhält als bis zum 15. März. Vielleicht werden Sie sagen, das ist eine Unterschiebung. Aber ich muß feststellen, daß die sozialistische Parteiführung nicht erst einmal versprochen hat, gegen Preiserhöhungen zu sein. Sie hat sogar Preissenkungen versprochen und nach der Wahl, gemeinsam mit den anderen, die Preise erhöht. Wen ich unter den „anderen“ meine, das wissen Sie ganz genau. (Abg. Dr. Rainer: „Ja, die Freiheitlichen!“) Die gehören auch dazu. Ich stelle fest, daß es die sozialistische Landtagsfraktion war, die sich die größte Mühe gegeben hat, zu verhindern, daß diese die Bevölkerung besonders interessierenden Fragen heute im Landtag behandelt werden. Man kann sagen, das ist Landtagswahlkampf. Aber das Leben geht weiter. Es gibt Preiserhöhungen bei Milch und Brot. Es droht die Einführung eines Fernseh-Schillings und alles mögliche. Das sind Fragen, die man nicht losgelöst vom Wahlkampf betrachten darf. Sie müßten nämlich, meine Damen und Herren, vor Ihre Wähler hintreten und sagen: „Wir sind für Preiserhöhungen. Wählt uns!“ In Wirklichkeit erhöhen Sie die Preise oder stimmen dafür. Sie sprechen allerdings von Stabilisierung und Preissenkung und machen das Gegenteil. (Landesrat Bamer: „Da haben Sie wieder für die ‚Wahrheit‘ geredet.“) Nein, das ist Tatsache. Ich hätte nichts dagegen, wenn die SPÖ eine andere Haltung einnehmen würde. (Landesrat Gruber: „Darauf kommt es uns aber gar nicht an, ob Sie etwas dagegen haben!“) Die Einhebung eines Fernseh-Schillings ist unbegründet. Ich erinnere mich, daß der Fernsehdirektor versprochen hat, daß die Fernsehgebühr von 50 Schilling, die im europäischen Maßstab sehr hoch ist, herabgesetzt wird, wenn es mehr Fernsehteilnehmer gibt. Wir haben nun über 600.000 Fernsehapparatebesitzer, das Werbefernsehen hat sehr zugenommen, so daß es ohne weiteres möglich wäre, die Fernsehgebühr statt hinauf-, herunterzusetzen. Für sehr viele Menschen auch in Steiermark wäre die geplante Erhöhung eine neue Belastung.

Preiserhöhungen hat es erst vor kurzem gegeben. So z. B. wurden die Spitalsgebühren neuerlich erhöht. Vielleicht behauptet der Herr Landesrat Sebastian, er sei dafür nicht verantwortlich. (Landesrat Sebastian: „Setzen Sie sich mit Ihren Presseleuten zusammen und schreiben's den Artikel in der Redaktion, dann ersparen Sie sich das Reden!“) Auch die Strompreise wurden erhöht und über die Zinserhöhung wird ebenfalls verhandelt.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner hat sich gegen die Milchpreiserhöhung ausgesprochen. Er meint, man könnte den kleineren und den mittleren Bauern einen höheren Preis bezahlen, wenn man die Großen nicht subventioniert. Das wäre ein gangbarer Weg. Sollte das nicht genügen, dann gibt es noch einen sogenannten Krisenfonds. Damit könnte man die Forderungen der kleinen und mittleren Bauern befriedigen. Sie haben auf Grund der anderen Preiserhöhungen ein Recht darauf. Aber nicht möglich ist es, daß man der Milchpreiserhöhung zustimmt und dann schon jetzt sagt

— und das steht in Widerspruch zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter —, daß sie nur den Rentnern und den kinderreichen Familien abgegolten werden soll. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn Sie vertreten, daß die Preiserhöhungen bei Milch wirtschaftlich nicht berechtigt sind, dann ist es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, im Interesse Ihrer Wähler und der arbeitenden Menschen in Österreich eine Erhöhung des Konsumentenpreises abzulehnen und keinen Verhandlungen, die nur zu Erhöhungen führen können, zuzustimmen.

Präsident: Als letzter Redner hat sich zum Wort gemeldet Herr Abgeordneter H e g e n b a r t h.

Abg. Hegenbarth: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Obwohl bereits zwei Abgeordnete zum Milchproblem Stellung genommen haben, möchte ich doch noch einen bescheidenen Beitrag zu diesem Problem leisten. Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat vorgestern abends in seiner bekannt dialektischen Weise auch zum Milchproblem Stellung genommen. Ich muß ihn da einigermaßen berichtigen. Er hat in dieser Rundfunkansprache vorgestern abends gesagt, es sei marktwirtschaftlich völlig falsch, für ein Produkt, das bereits im Übermaß erzeugt wird und das exportiert werden muß, noch Stützungsbeträge zu zahlen. Hier muß ich dem Herrn Vizekanzler ein unrichtiges volkswirtschaftliches, aber auch staatspolitisches Denken vorwerfen. (Zwischenruf: „Der wird sich kränken!“) Wir Bauern wissen ganz genau — hier halte ich mich an die Worte des Herrn Abg. Lackner —, so komisch es klingen mag, die Kohle wird als der schwarze Diamant bezeichnet, das weiß jeder, aber zwischen dieser schwarzen Kohle und der weißen Milch bestehen scheinbar doch einige Zusammenhänge. Der Herr Abg. Lackner hat heute mit Überzeugung — und auch wir haben ihm beigespflichtet — gesagt, daß man die Kohlenproduktion nicht willkürlich abstoppen kann, nicht willkürlich abdrosseln kann, man könne nicht eine Woche 10.000 Tonnen Kohle fördern, die andere Woche nur 5000 Tonnen, sondern man müsse eben die vorhandene Produktionskapazität ausnützen, weil man sonst ganz einfach zu hohe Gesteungskosten hat und dann in die Klemme kommt. Nun, das, was da für die Kohle gesagt worden ist, meine Herren Sozialisten, das gilt noch in weit größerem Maße für die Milchproduktion. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß man z. B. in einer Grube, wenn es schon nicht anders geht und die Kohlenhalde zu groß geworden ist, unter Bedachtnahme auf die Sicherung der Arbeitsplätze einmal zwischendurch andere Arbeiten durchführt, wie z. B. Aufschließungsarbeiten usw. und momentan die eigentliche Förderung herabsetzt. Aber das läßt sich bei der Milchproduktion nicht machen. Und wenn es auch unpopulär klingen mag, zu sagen, wir müssen die Milchproduktion aufrechterhalten, obwohl wir gegenwärtig noch exportieren — vielleicht weniger Butter, aber dafür mehr Milchpulver und Käse —, so muß ich doch sagen, daß wir hier eine Reserve haben, von der Sie alle zehren werden, wenn einmal eine Krise in der Versorgung eintreten sollte. Wir haben es ja seinerzeit in der Korea-Krise er-

lebt. In Korea hat man Krieg geführt, die Amerikaner haben 6 Millionen Tonnen Schiffsraum beschlagnahmt für ihre Kriegstransporte und das Endergebnis war, daß wir in Österreich keinen Weizen mehr aus Kanada bekommen haben, keine Futtermittel mehr aus Argentinien und daß man sich damals im Wiener Landwirtschaftsministerium zugeflüstert hat, wenn es nicht gelingt, innerhalb der nächsten Tage ein paar Schiffe zu chartern, so wird man in Österreich wieder die Brotkarte einführen müssen. Ein Krieg, der im Fernen Osten entbrannt ist, hatte diese Auswirkungen. Und damals hat der damalige Bundeskanzler Figl gesagt, „wenn in Korea ein Ziegel vom Dach fällt, dann kann er auch den Österreichern auf den Kopf fallen.“ Und nun nur einige Ziffern dazu: Wir müssen diese Milchproduktion, besser gesagt diese Kuhhaltung, vor allem auch deshalb aufrechterhalten, weil sie ja auch die Grundlage ist für die Fleischproduktion. Und hier einige konkrete Ziffern, die Sie sich merken mögen.

Wir haben in Österreich derzeit pro Kopf der Bevölkerung einen jährlichen Fleischkonsum von 63 kg. Wenn dieser Fleischkonsum nur um 2 kg steigt und in Form von Rindfleisch befriedigt werden muß, so sind das 14.000 Tonnen Fleisch, und um diese 14.000 Tonnen Fleisch zusätzlich zur Verfügung zu stellen, müssen wir 52.000 Rinder schlachten, d. i. um 7000 Rinder mehr, als wir im abgelaufenen Jahr exportiert haben. So gering ist also der Produktionsüberhang. Eine Zunahme des Fleischverbrauches im Inland um 3½% führt bereits eine Verknappung herbei, d. h. wir müssen in diesem Falle bereits Fleisch bzw. Rindfleisch aus dem Ausland einführen. (Abg. Karl Lackner: „Kriegen wir gar nicht!“) Ich bin dankbar für diese geistige Hilfe, aber ich wäre auch darauf gekommen. (Gelächter.) Es hat gar keinen Sinn, sich den Kopf zu zerbrechen, wo wir dieses zusätzliche Rindfleisch hernehmen würden, auf jeden Fall, Herr Landeshauptmann, auf jeden Fall teurer, als es hier beim österreichischen Bauern der Fall ist. Aber noch etwas anderes, eine andere Ziffer vielleicht, die Sie interessieren mag. Es ist kein Zufall, daß die Milchproduktion, daß die Viehhaltung zurückgeht, aus dem einfachen Grund, weil immer mehr nur die kleinen und die kleinen Mittelbetriebe überhaupt noch imstande sind, die Viehhaltung zu übernehmen und durchzuführen, nebst der übrigen Arbeit auf Feld und Wiese. Die Niederösterreichische Landwirtschaftskrankenkasse hat in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1964 einige erschütternde Ziffern genannt: Von dem Melkpersonal, das in Niederösterreich vorhanden ist, und es wird in Steiermark und in den übrigen Bundesländern nicht viel anders sein, sind 66% bereits über 55 Jahre, nur 3,3% noch unter 35 Jahren. Das ist ein Berufsstand, der also sozusagen praktisch keinen Nachwuchs mehr hat, und es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu ahnen, daß die Großbetriebe auch in den nächsten Jahren noch in zunehmendem Maße zur viehlosen Wirtschaft übergehen werden, aus dem einfachen Grund, weil es dem Besizerhepaar allein nicht möglich ist, nebst der anderen Arbeit auch noch das Vieh zu versorgen. Desto mehr müssen wir aber bestrebt sein, jene Kreise der Landwirtschaft, jene Gruppen

der Landwirtschaft wirtschaftlich zu stützen, welche heute ja bereits den erdrückenden Prozentsatz an Milch liefern. Mehr als 90% der Milchlieferanten des Grazer Milchhofes, der größten Molkerei Österreichs, haben 1 bis 5 Kühe, mehr als 90%. Ist damit nicht der Beweis erbracht, daß die Milchproduktion heute eine Monopolangelegenheit der Kleinbetriebe und der kleineren Mittelbetriebe ist? Und diese Leute haben auch ein Recht auf einen einigermaßen erträglichen Arbeitslohn. (Landesrat Sebastian: „Und denen wollen wir mehr geben, den kleinen wollen wir mehr geben.“ — Abg. Pabst: „Ja, das haben wir gesehen.“)

Der Herr Vizekanzler hat vorgestern operiert mit einer Ziffer, mit einer Preiserhöhung von 80 g pro Liter Milch. Ich möchte sagen, diese Ziffer steht ja noch nicht fest. Es wird ja verhandelt. Aber selbst, wenn diese Ziffer Tatsache wäre, so lohnt es sich doch einmal, die daraus entstehende Belastung sachlich zu berechnen. Bei oberflächlicher Betrachtung ist eine Erhöhung des Konsumentenmilchpreises von 3.20 S auf 4 S eine Erhöhung von 25%, auf den ersten Blick vielleicht sogar etwas schockierend. Wenn Sie aber wissen, daß in Graz der Durchschnittsverbrauch des Grazers 0,38 Liter Milch pro Tag beträgt, selbst wenn diese 80 g Milchpreiserhöhung käme, so wären das 30 g pro Tag und im Monat 9 S. (Abg. Scheer: „Das ist eine Milchmädchenrechnung, das stimmt nicht.“) Stellen Sie zusammen, was im Lauf der letzten Jahre an Erhöhungen gekommen ist. Von allem möglichen könnte ich noch sprechen. Ich glaube, daß das, zusammengezählt, ein Mehrfaches von dem ausmacht, was hier die Milchpreiserhöhung den einzelnen belasten würde. (Abg. Psonder: „Aber vor allem die Familien müssen wir berücksichtigen!“) Es ist ja vorher schon gesagt worden, und es ist auch keine sozialistische Forderung, sondern eine Forderung von allen, daß selbstverständlich jene Gruppen, die davon vor allem betroffen werden, das sind vor allem die kinderreichen Familien, das sind die Rentner und die Pensionisten mit kleinem Einkommen, selbstverständlich in irgendeiner Form dafür entschädigt werden müssen. Aber bitte lassen Sie mich zum Milchpreis auch ein offenes Wort sprechen:

Wir Bauern halten es auch auf die Dauer für untragbar, daß nicht nur die wirtschaftlich Schwächeren in den Genuß der Ermäßigung für Fleisch, Milch und die anderen Lebensmittel kommen, sondern daß auch der Amerikaner, der 300 S für einen Tag Tagespension in Kitzbühel oder Pörtlach ohne weiteres bezahlt, ebenso gestützte Preise für diese Lebensmittel bezahlt. (Landesrat Sebastian: „Der zahlt ja 4 S dort für ¼ Liter Milch!“)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn es Ihnen ernst ist, so müssen Sie selbst allmählich einmal zustimmen, daß wir durch entsprechende Ausgleichszahlungen für die wirtschaftlich schwachen Kreise das abdecken, denn zweifellos gehen viele Millionen Schilling hier verloren, die keinen, nicht einmal einen sozialen Zweck erfüllen. Und, meine Damen und Herren, ich habe gesagt, die Milch ist nicht nur ein Getränk für den Frühstückstisch, nicht nur für alte Leute, für Kranke und Kinder. Die Milch ist auch die wichtigste Basis der Fettproduktion in Österreich. Gegenwärtig mag es noch un-

populär sein, das zu hören. Es ist ja in den Geschäften noch alles in Hülle und Fülle vorhanden. Aber stellen wir uns vor, durch irgendeine Erschütterung in der Welt, durch irgendeinen Krieg würden wir von den überseeischen Zufuhren abgeschnitten, wir würden es erleben, wie dann gerade aus Ihren Kreisen der Ruf ertönen würde, die Bauernschaft möge doch endlich einmal ihre Pflicht erfüllen, die Bauernschaft möge sich anstrengen, um den Tisch des Volkes zu decken. Und, meine Herren Sozialisten, daran denken darf man nicht erst, wenn schon das Malheur da ist, man darf nicht erst dann eine Feuerwehr gründen, wenn das Dorf schon brennt, sondern sie muß schon früher da sein, sonst kommt sie zu spät.

Und man darf nicht erst dann beginnen mit der Agrarpolitik und Verständnis für die Bauern haben, wenn die Not da ist. Wenn Sie glauben, daß es zu keiner Fleischlücke kommt, so muß eben auch ein entsprechender . . . (Landeshauptmann Krainer: „daß es zu keiner Verteuerung des Fleisches kommt!“) Kuhbestand vorhanden sein. Denn die gemästeten Stiere, die auf dem Grazer und Wiener Markt angeboten werden, die sind eben auch einmal als Kälber zur Welt gekommen, und diese Kälber werden von einer Kuh geboren, die kann man nicht in der Spielwarenhandlung beziehen.

Ich bitte Sie also, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, haben Sie Verständnis für die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft auf diesem Gebiete. Wir Bauern haben nur den einen Wunsch, daß mit unseren Lebensfragen keine billige Parteipolitik, kein billiger Wahlschlager betrieben wird. Wir haben nur den einen Wunsch, nicht schlechter behandelt zu werden als andere Berufsgruppen. Und ich sage Ihnen, meine Herren Sozialisten, vielleicht werden Sie uns einmal dankbar sein, wenn Sie durch eine kleine Belastung Ihres Budgets zugunsten unserer Milchproduzenten, zugunsten unserer Hunderten von Kleinbauern die Versicherungsprämie bezahlt haben für eine Sicherung der Ernährung unseres Volkes auch in einer Zeit der Krise. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich noch Herr Abgeordneter Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abg. Koller hat in seinen Ausführungen appelliert um eine sachliche Behandlung gerade dieser Fragen. Ich weiß nicht, ob er die Äußerungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner mißverstanden hat, oder ob er selber gleich darauf von der Sachlichkeit abgekommen ist, denn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner hat in bezug auf die Futtermittelfrage erklärt, daß man die Futtermittel besser herinnen produzieren müßte und daher weniger auf die Einfuhr angewiesen wäre und daß daher diese von Ihnen vertretenen oder scheinbar vertretenen Kleinbetriebe ja sowieso Futtermittel kriegen würden, die sie entweder selbst produzieren oder von den Großbetrieben her bekommen würden. Es ist also nicht so, daß bei uns die Meinung besteht, daß die Kleinbetriebe keine Futtermittel bekommen und

daher in Existenzschwierigkeiten kommen sollten. Das vielleicht einmal zur Klarstellung.

Und der Appell zur Zusammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitnehmer und Konsumentenvertreter findet bei uns offene Türen und offene Ohren, da gibt es gar keine Schwierigkeiten. Dafür haben wir bei der anderen Seite bisher diese Bereitschaft nicht gesehen. Was ist von Ihrer Partei aus geschehen, als z. B. bei der Tbc-Bereinigung den Landwirten das Vieh um 5 S pro kg förmlich aus dem Stall herausgeschreckt wurde und der Konsument, die Hausfrau für dieses Fleisch — im Bezirk Deutschlandsberg, ich kann Ihnen den Bauer und den Händler nennen, wenn Sie wollen — 60 oder 70 S bezahlen mußte? Nicht um einen Groschen billiger ist dieses Fleisch an den Konsumenten weitergegeben worden. (Abg. Karl Lackner: „Wo ist das geschehen? Falotten gibt es überall!“) Aber Ihr tut zu wenig gegen die Falotten! (Abg. Dr. Pittermann: „Das ist doch eine Demagogie! Sie sind unter die Dichter gegangen! Das war eine Kuh. Den Fall kennen wir. Das ist eine wunderbare Fleischvermehrung, das war nur eine einzige Kuh in Frauenthal, so ähnlich, wie die Kuh, die 1 Liter Milch pro Jahr gibt!“)

Ein sehr wichtiges Wort hat der Abg. Stöffler damit gesagt, daß es nicht gut ist für die Bauern, wenn die Preise steigen, weil dann die Bauern noch mehr in die Preisschere kommen. Ich muß sagen, dieses Wort hat ohne Zweifel seine Bedeutung auch für die Landwirte vor allem, die selber Milch zukaufen müssen, denn solche haben wir auch eine verhältnismäßig große Zahl. Wenn man ganz kurz diese derzeitige Milchproblematik anschaut, dann fragt man sich, was werden denn die Bauern überhaupt kriegen? Wissen wir, wissen Sie, die sogenannten Bauernvertreter (Abg. Pabst: „Sind Sie der sogenannte Bauernvertreter?“), was die Bauern bekommen werden?

Man muß zu diesem Eindruck kommen, denn alle Ihre Bemühungen gehen zugunsten der Großbetriebe und nicht zugunsten der von Ihnen „angeblich“ vertretenen Klein- und Mittelbauern. Denn die werden auch bei dieser Regelung nicht besonders heraussteigen. (Abg. Stöffler: „Herr Kollege, bevor wir es nicht haben, können Sie das auch nicht behaupten!“)

Unsere Forderung nach einer Staffelung des Milchpreises, die den Kleinen geholfen hätte, ist abgelehnt worden von Ihren Herren. Und jetzt kommt eine Preisregelung, die allerdings auch schon etwas abgeschwächt wurde auf Grund der Verhandlungen, die eine Staffelung ergeben hätten, daß die großen, die gut ausgestatteten Betriebe auf jeden Fall den besseren Preis bekommen würden als die nicht so gut ausgestatteten Kleinbauern. (Abg. Dr. Rainer: „Herr Kollege, wenn Sie nicht wissen, was kommt, können Sie das auch nicht behaupten!“)

Und nun noch ein nächstes, was ich sagen darf. Der Kollege Hegenbarth hat insbesondere die marktwirtschaftliche Fehlmeinung des Herrn Vizekanzlers Dr. Pittermann herausgestellt. Ich möchte, um der Sachlichkeit zu dienen, für meine letzte Äußerung die Unterlage, die von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern herausgegeben wird, heranziehen, und zwar die vom 1. Februar

1965. Da heißt es in dieser Aussendung, die nicht von uns inspiriert ist (Zwischenruf: „Wer weiß?“): „Zum erstenmal seit Monaten wies die westeuropäische Butterproduktion wieder einen nennenswerten Vorsprung gegenüber der Vorjahrskurve auf. Dies erklärt sich durch die Erhöhung der Milcherzeugung in Nordwest- und Mitteleuropa, waren doch die Milchlieferungen in den Molkereien im Dezember um 6% höher als 1963, nachdem im November lediglich eine Zuwachsrate von 2% im Vergleich zur Vorjahresziffer registriert worden war. Die hohe Milchproduktion sowie neue Viehzählungsergebnisse lassen erkennen, daß sich der Rückgang des Kuhbestandes in Westeuropa verlangsamt hat, offenbar auf Grund der während der letzten beiden Jahre stark angestiegenen Milchproduzentenpreise. Diese Tendenz wird 1964/65 durch hohe Milchpreise und relativ preiswerte Ölkuchen gefördert.“ Und weiter heißt es: „Die Erhöhung der Produktion hat bereits die Tendenz an den westeuropäischen Buttermärkten beeinflußt. Nach der Jahreswende war die Preisbildung ruhig, wobei die Notierungen in einigen Ländern wieder abbröckelten. Die Absenkungsmomente werden in den nächsten Wochen voraussichtlich weiter an Boden gewinnen.“ Wenn der Herr Vizekanzler sich nur an diese Unterlage der Präsidentenkonferenz gehalten hat, kann man ihm wirklich keinen Vorwurf mehr machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmann Krainer: „Wir sehen schon, Ihr seid da ganz mit Wien verbunden!“)

Ich möchte noch abschließend, meine sehr verehrten Herren, sagen, daß wir Sozialisten für die Klein- und Mittelbauern Verständnis haben, ist in den letzten Jahren hier in diesem Hohen Hause und auch in der Praxis draußen mehrfach bewiesen worden. Wir haben z. B. eine Agrar-Enquete schon mehrmals verlangt, die die steirische Situation erfassen soll, um aus dieser Situation heraus dann auch die nötigen Folgerungen und Hilfeleistungen zu ziehen und zu bringen. Das ist von Ihnen und von OVP-Abgeordneten abgelehnt worden. So schaut es aus. Wenn Milchpreisregelung, dann soll sie auch den Bauern zukommen, nicht den Großgrundbesitzern, und wenn Agrarförderung, dann planvoll und gerecht. Dann haben Sie immer zu Ihrer Hand. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Pabst.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz einige Klarstellungen. In-

teressant ist: wenn es um Groschen bei Milchpreiserhöhungen geht, dann schaut es aus, als ob deswegen der ganze Staat in seiner Preis-Situation zusammenfallen würde. Wir erleben dies seit Jahren und sind das bereits irgendwie gewohnt. Ich muß nur fragen, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter, warum wandern dann jährlich so viele Menschen von der Landwirtschaft ab und werden die bäuerlichen Betriebe ständig weniger? Ich glaube, dies ist ein Zeichen dafür, daß es eben in der Landwirtschaft nicht so gut geht, vor allem arbeitsmäßig, wie dies von nichtbäuerlicher Seite immer wieder behauptet wird.

Zum anderen: Es wurde behauptet, man führt zuviel Futtergetreide ein. Die Herren Kollegen haben als Vorredner das sowieso schon behandelt. Aber seien wir doch ehrlich, die Steiermark und ganz Österreich bestehen doch zum größten Prozentsatz aus Bergbauerngebieten. Ich frage Sie, ob Sie in Bergbauerngebieten Getreide in dem Ausmaß produzieren können, wie Sie sich das vorstellen. In diesen Gebieten ist die einzige Existenzgrundlage der Wald, soweit er vorhanden ist, und die Viehwirtschaft. Und Viehwirtschaft ist von der Milchwirtschaft nicht zu trennen. Das sind Tatsachen. Im übrigen ist meine Meinung die, wenn man von einer Sache wirklich nichts versteht, soll man besser nicht reden.

Der Herr Kollege Zinkanell hat zur Milchqualität gesprochen. Ich bin seit 10 Jahren Molkereiobmann und seit 10 Jahren wird dort die Milch genau nach Qualität untersucht und wir können gerade wieder im letzten Jahr feststellen, daß von den 1800 Lieferanten vor allem kleine Bauern und Lieferanten prämiert worden sind. Ein einziger größerer Betrieb, und zwar die Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hafendorf ist dabei, alles andere sind Betriebe unter 8 und 10 Kühen. Das ist die Tatsache.

Die Meinung, daß man Qualitätsmilch nur erzeugen kann, wenn man eine Melkmaschine hat, ist vollkommen falsch. Erste Grundvoraussetzung für eine echte Qualitätsmilcherzeugung ist Reinlichkeit. Die beste Melkanlage nützt nichts, wenn sie nicht peinlich sauber gehalten wird. Gerade in nicht sauberen Melkanlagen können die größten Fehlerquellen für eine qualitätsschlechte Milch liegen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Es haben alle Redner gesprochen. Die außerordentliche Tagung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 13.45 Uhr.